

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

30 (5.2.1925)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Regulärpreis: halbmontlich 1.— M mit, 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

### Der Stand der Regierungstrife in Preußen

Berlin, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Heute in den ersten Nachmittagsstunden tritt die fraktion der Deutschen Volkspartei zu Beratungen über die gegenwärtige Regierungstrife zusammen. Es scheint so gut als sicher, daß sie die Vorschläge des Ministerpräsidenten Braun, die in der Konsequenz nicht zur Beteiligung, aber zur Neutralität gegenüber einer Regierung auf der Basis von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten auffordern, ablehnen werden. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun, dürfte dann in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten den ihm vom Landtag erteilten Auftrag zur Bildung einer Regierung zurückgeben. In der kommenden Woche wird dann ein neuer Ministerpräsident gewählt werden, als der vorläufig noch der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Vorion, in Aussicht genommen ist. Immerhin hat es nicht den Anschein, daß in der Regierungstrife bald eine Klärung erfolgt.

Berlin, 4. Febr. Seit am Donnerstag sich der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, entschieden, ob er die durch den Landtag erfolgte Wiederwahl annimmt oder nicht. Die Annahme dürfte im wesentlichen abhängen von der für Donnerstag angelegten Fraktionsstimmung der Deutschen Volkspartei. Da die Zentrumspartei für den Fall daß Braun Ministerpräsident bleibt, auf das Landtagspräsidium Anspruch erhebt, andererseits aber über die Frage, ob Braun tatsächlich die Regierung bildet, noch keine Klarheit besteht, beschloß der Ausschuss am Dienstag, die Wahl des Landtagspräsidenten erst am Dienstag den 10. Februar, vorzunehmen.

Die endgültige Entscheidung, ob das möglich ist, liegt bei dem Plenum des Landtags. Nur wenn auch dort alle Parteien dem Beschluß des Ausschusses ihre Zustimmung geben, ist die Beschließung der geschäftsordnungsmäßig am 5. Februar vorzunehmenden Wahl des Landtagspräsidiums statthaft. Am Donnerstagnachmittag wird sich der Ausschuss in einer neuen Sitzung mit der Neuwahl eines Ministerpräsidenten bzw. dem Tag der Abgabe einer Regierungserklärung beschäftigen.

### Ein neuer Justizskandal

Berlin, 4. Febr. Im Verleumdungsprozeß Werner v. Barff gegen Krone wurde Landgerichtsdirektor Krone erzwungen formaler Verleumdung zu einer Geldstrafe von 3000 Mark, im Nichtbeitragsfall mit einem Tag Gefängnis für je 60 M. verurteilt. (Landgerichtsdirektor Krone hatte sich bekanntlich erlaubt, das Fehlurteil im Kroneverleumdungsprozeß, insbesondere die merkwürdige Urteilsbegründung in einem Zeitungsartikel zu kritisieren. Die Red.)

Berlin, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Das Urteil in dem Prozeß Werner v. Barff hat folgenden Wortlaut: „Was die angelegten Verleumdungen des Landgerichtsdirektors Werner v. Barff in Cottbus anbelangt, so mögen sie wahr oder falsch sein. In der Urteilsfindung der vorliegenden Sache können sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Wegen des Landgerichtsdirektors Schulz lag nach dieser Richtung hin überhaupt nichts vor. Das Gericht hat ausföhrlich die Motive geprüft, die den Angeklagten zu seiner Handlung veranlaßten. So hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt hat, hinsichtlich der politischen Zeitungsartikel, und es hat ihn deshalb zu einer Geldstrafe von 3000 M. oder je 1 Tag Haft für 60 M. verurteilt. Dem Nebenkläger wird die Genehmigung der Veröffentlichung des Urteils in der „Völkischen Zeitung“ in der „Deutschen Richterzeitung“ und in der „Magdeburger Zeitung“ erteilt.“

In der Berliner Linkspresse wird das Urteil gegen Krone allgemein als „neues Fehlurteil“ betrachtet. In der Begründung dieser Feststellung erinnert das „Berliner Tageblatt“ an folgende Tatsachen: „Die Deutsche Tageszeitung“ schrieb einmal von dem preussischen Ministerpräsidenten: Otto Braun, der Mann mit der tiefen Tasche, in der die Laufendmarktscheine der doppelten Aufwendung ruhten.“ Das Gericht stellt fest, daß dem höchsten preussischen Staatsbeamten ohne jeden Grund der Vorwurf unaufrichtiger und unrechtmäßiger Vereinerlichung gemacht worden war. Der Verleumder wurde zu 600 Papiermark Geldstrafe verurteilt. Ein Millionär in Oranienburg behauptete, der Reichspräsident Ebert habe Güter erworben und bauernd in die eigene Tasche gearbeitet. Das Schöffengericht Oranienburg strafte diese Verleumdung mit — 50 M.“ Die „Völkische Zeitung“ schreibt: „Der gestrige Tag war ein neuer Beweis für die Verwirrung, die viele Teile unseres Richterstandes erwispen hat.“

### Umgruppierung der englischen Besatzung

Edin, 4. Febr. Die in Wermelskirchen stationierten englischen Truppen werden, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, am Samstag, den 7. Februar, die Stadt endgültig verlassen. Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hat, wird damit von Truppen frei. Auch die in Obhofs liegenden englischen Truppen, die die Kontrolle am Bahnhof ausüben, werden am 7. Februar zurückgezogen und ihren in Edin liegenden Truppenverbänden überwiesen werden. Die von ihnen besetzten Baracken werden am Freitag der Stadtverwaltung übergeben.

Engelskirchen, 4. Febr. Seitens des englischen Kreisdelegierten in Solingen wurde der hiesigen Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die gesamte englische Besatzung am Samstag mittag von hier zurückgezogen und vorher die von den Engländern besetzten Unterkunftsräume der Stadtverwaltung zurückgegeben werden.

### Entscheidung im Danzig-polnischen Postkonflikt

Danzig, 5. Febr. Auf die von der freien Stadt Danzig beim Oberkommissar des Völkerbundes nachgesuchte Entscheidung über den Danzig-polnischen Postkonflikt entschied der Oberkommissar, daß der Gebrauch von Briefkästen außerhalb eines Postamtes bereits als Verstoß gegen die Postgesetze und die Einmündungs- und Befreiungsbefugnisse durch Briefträger in irgend einem Teil der freien Stadt Danzig unzulässig ist und der Entscheidung des Oberkommissars vom 25. Mai 1924 widerspricht.

### Kommunistische Zwischenfälle in Griechenland

Savvas meldet aus Athen: Im Laufe einer kommunistischen Manifestation in Trikala haben sich Zwischenfälle ereignet. Die Polizei hatte, nachdem die Kommunisten einige Fenstersteine der Polizeiwache eingeschlagen hatten, auf die Manifestanten blinde Schüsse abgegeben, auf die die Kommunisten mit scharfen Revolverkugeln antworteten. Die Polizei eröffnete dann ein scharfes Feuer, durch das fünf Personen getötet wurden.

### Kündigung des Lohnabkommens der Eisenbahner

Einer Korrespondenzmeldung zufolge wurde das Lohn- und Arbeitsabkommen für die Eisenbahnarbeiter von sämtlichen beteiligten Organisationen zum 1. März gekündigt. (Siehe Artikel auf Seite 2.)

### Die Erfindung des Ingenieurs Becker

Zu der Erfindung einer neuartigen Dampfmaschine durch den Ingenieur Bernhard Becker in Rostock bei Weimar teilt die „Nationalpost“ mit, daß der Vorsitzende des Deutschen Dampfmaschinenvereins, Dr. Ing. Berner, sich über den neuen Schnelldampfzylinder in aufregender Weise äußerte. Konkreten anderen namhafter Ingenieure begegnet der Schnelldampfzylinder jedoch noch einiger Skepsis, insbesondere hinsichtlich der Kesselsteinabsonderung. Der Erfinder ist allerdings der Ansicht, daß die den Kesselstein bildende Salze durch die beschleunigte Verdampfung des Wassers in Dampf in dem Kesselsteinabsonderungssystem sofort mitgerissen werden. Der Erfinder beabsichtigt, den Schnelldampfzylinder als Ersatz für Automotoren zu präsentieren. Eine weitere Verwendungsmöglichkeit bietet sich dem neuen Dampfzylinder als Antriebsquelle für Dampfmaschinen und Schiffe. Durch die Raumersparnis gegenüber dem bisherigen großen Schiffskesselstern soll der Aktionsradius der Schiffe bedeutend vergrößert werden.

### Ein englisches Schutzoll-Weißbrot

London, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Die englische Regierung hat im Unterhaus ein Weißbrot vorgelegt, das sich mit dem Schutzoll der englischen Industrie gegen „unfairen Wettbewerb“ befaßt. Es handelt sich offen ausgedrückt um Schutzoll unter gewissen Voraussetzungen. Der Zoll soll jedoch erst eingeführt werden, nachdem eine Sachverständigen-Kommission über das Verlangen der einen oder anderen Industrie nach Hüllen gehört worden ist. Die Bedingungen, unter denen die Regierung einen Wettbewerb als „unfair“ ansehen und sich um Schutzoll bereit erklären würde, sind u. a.: 1. Das Handelsministerium muß der Meinung sein, daß die im Schutzoll nachzufindende Industrie für England von maßgebender Bedeutung ist nach Umfang und Natur der Erzeugnisse. 2. Ruß der Beweis erbracht werden, daß der Wettbewerb durch das Ausland aufsergewöhnlich ist. 3. Die betr. Industrie muß beweisen, daß die Bedingungen in dem Lande, das den Wettbewerb hervorruft, unfair sind. 4. Das Geschäft einer Industrie kann zurückgegeben werden, wenn ihr Betrieb nicht mit größter Leistungsfähigkeit und Sparlichkeit arbeitet, oder wenn ein Schutzoll andere Industrien beeinträchtigen sollte. Die liberalen Blätter nehmen entschieden gegen die Ausführungen des Weißbrot-Gesetzes Stellung und wittern in ihnen einen Vorläufer zu einer umfassenden Schutzollpolitik.

### Kleine Nachrichten

Magdeburg. Hier wurde der Werkmüller einer pharmazeutischen Fabrik verhaftet. Er hatte seit längerer Zeit große Mengen Spirit aus den Fabrikräumen entwendet und zu Schnaps verarbeitet, mit dem er einen schonungslosen Handel trieb. Da sein Rückwärtsverbot vorlag, wurde er aus der Haft entlassen. Er verhängte sich darauf in seiner Wohnung. Neuh. In einem nach R. Ghabach fahrenden Zug wurde in einem Abteil eine Dame unter Verhüllung eines Revolvers gezwungen, Handtasche und Geldsäckchen herauszugeben. Der Täter, der eine schwarze Gesichtsmaske trug, sprang nach der Verabredung aus dem fahrenden Zug und entkam unerkannt. Straßburg. Aus Bismheim wird gemeldet, daß es verschiedenen Deutschen gelungen war, über die polnisch-französische Grenze ohne Papiere zu kommen. Sie wurden bestraft und nach Verbüßung ihrer Haft nach Deutschland abgeführt. — Nach der jüngsten Statistik vom 1. Februar haben zurzeit rund 72 000 Reichsdeutsche Aufenthaltserlaubnis in Ost- und Westpreußen. Es sind meist Arbeiter. Im zahlreichsten sind im allgemeinen die Zuwanderungen aus der bayerischen Pfalz und dem Rheinland.

### Die Internationale der Sanzwürste

Die kommunistische Partei Frankreichs hat soeben ihren Parteitag abgehalten. Kommunistische Parteitage pflegt man hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Das sieht viel romantischer, revolutionärer aus. Auch in solchen Ländern, wo die Gefahr einer Verfolgung der Kommunisten gar nicht besteht, wird die Dessenlichkeit von den bolschewistischen Kongressen ausgeschlossen, um den Anschein zu erwecken, als bereite man große umfängerliche Dinge vor. In Wirklichkeit ist diese Geheimnistuerei nur der bequeme Vorwand, um die eigene Schwäche und Lächerlichkeit den breiten Massen zu verbergen.

Die französischen Kommunisten befinden sich seit Jahren in einem chronischen Zustand der Zerlegung. Sie fanden bereits Ende 1922 vor dem Zusammenbruch, als ihnen das Ruhrabenteuer und die damit verbundenen lächerlichen Verfolgungen einzelner kommunistischer Führer zu neuem Leben verhalf. Aber mit dem Ende des poincaristischen Kurzes mußte notwendigerweise eine neue Krise in den Reihen der KPD ausbrechen. Der Kommunismus, wie ihn die Dritte Internationale aufstellt, kann in Frankreich aus den verschiedensten Gründen keine Wurzeln fassen. In diesem Lande mit vorwiegend kleinbäuerlichem Besitz und ohne eigentliche Landarbeiterbevölkerung gibt es in Wirklichkeit keine Agrarproletariat, und man vermag bestenfalls diese Kleinbauern zu einer gemäßigten Auffassung des Sozialismus zu bekehren, nicht aber zu den gewalttätigen Theorien der Expropriation des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats. In Wirklichkeit ist diese Expropriation bereits zum allergrößten Teil längst vollzogen worden, und zwar vor 135 Jahren bei der großen französischen Revolution. Was das städtische Industrieproletariat betrifft, so muß man besonders seit Kriegsende zwischen den bessergestellten gelehrten Arbeitern und den ungelerten Hilfskräften unterscheiden: erstere sind vor allem Franzosen, die vielfach nebenbei über ein kleines vererbtes Rentnervermögen oder sogar über ein kleines Grundstück draußen vor den Toren der Stadt verfügen; letztere sind zum größten Teil Ausländer, Italiener, Belgier, Polen, Annamiten, Marokkaner usw., und die bilden allerdings für die kommunistische Agitation ein fruchtbares Feld. Aber da sie nicht das Wahlrecht besitzen und allen möglichen Einschränkungen unterworfen sind, bedeuten sie keinen wesentlichen politischen Faktor.

Aber neben den soziologischen Gründen sind es vor allem psychologische Momente, die einer Entwicklung des Kommunismus in Frankreich im Wege stehen: der bolschewistische Begriff der bis zum Kadavergehörigkeit gesteigerten Disziplin verträgt sich mit dem französischen Charakter und Temperament wie das Feuer mit dem Wasser. Deshalb war auch seinerzeit, Ende 1920, bei aller Begeisterung der französischen Sozialisten für die russische Revolution nur ein Teil der Partei unter das Joch der 21 Moskauer Bedingungen geflohen. Es sollte sich aber bald herausstellen, daß auch von denen, die diese 21 Bedingungen angenommen hatten, nur die wenigsten ernsthaft daran dachten, sie peinlich auszuführen, d. h. sich unbedingt den Moskauer Diktatoren zu unterwerfen. Vielmehr traten im Laufe der ersten zwei Jahre naheinander namhafte Führer der KPD, aus der Partei aus, weil sie sich die Tyrannei der Willensdiktator der Dritten Internationale, Souvarine, Lissot, Dunois, Monatte nicht länger gefallen lassen wollten. Eine Führergarnitur nach der anderen, eine Redaktionsgarnitur der „Humanité“ nach der anderen wurde abgesetzt und die meisten der in Ungnade gefallenen kehrten überhaupt der Partei den Rücken.

Indessen trat das Unvermeidliche ein: Wenn Langusten längere Zeit ohne Fraß in einem Korb gelassen werden, dann fressen sie sich selbst schließlich gegenseitig auf. Als die Oberhenker alle diejenigen, die ihnen nicht klavisch zu willen waren, rücksichtslos beseitigt hatten, da fingen sie selbstverständlich an, sich gegenseitig zu klopfen. In der deutschen kommunistischen Partei hat man Ähnliches erlebt; dennach scheint der Reinigungsfimmel in der französischen Partei noch ganz andere Formen angenommen zu haben. Man intrigierte gegeneinander, man denunzierte sich gegenseitig bei Sinowjew, es wurden heimliche Delegationen nach Moskau geschickt, um die anderen zu entlarven, und so herrschte in der KPD bereits das tollste Durcheinander, als in Moskau die Trozki-Revolution ausbrach.

Die Kunst der kommunistischen Oberhenker aller Länder besteht darin, auf das richtige Pferd zu setzen, wenn es in Moskau zu einem Konflikt zwischen zwei Richtungen kommt. So wie die Brandler, Thalheimer und Genossen in der deutschen KPD-Zentrale seinerzeit dafür hüben mußten, daß sie auf Kadel und nicht auf Sinowjew getippt hatten, so begingen Souvarine, Dunois und Genossen den schicksalshweren Irrtum, Partei für Trozki zu ergreifen. Das Bestreben Trozki's, etwas mehr „Demokratie“ in die Reihen

der kommunistischen Internationale zu bringen, entsprach durchaus den Lebensnotwendigkeiten der französischen kommunistischen Bewegung. Indessen ist bekanntlich Trotzki in seinem Kampfe gegen das Triumvirat Sinowjew-Stalin-Kamenew glatt unterlegen und inzwischen abgesetzt worden. Das Bestreben des Triumvirats geht jetzt dahin, alle diejenigen in den Parteien der Dritten Internationale, die sich durch „Trozkismus“ verdächtig gemacht haben, rücksichtslos auszumertzen. In der deutschen Partei hat diese Reinigungsaktion bereits eingesetzt, in der französischen Partei ist sie auf dem jüngsten Kongress vollzogen worden. Da Moskau über die Kasse verfügt, ohne die die kommunistischen Parteien nirgends lebensfähig sind, war es klar, daß die Trozkisten auch in Frankreich samt und sonders abgesetzt werden würden. Die „Suma-nite“, die allein in der Lage war, über den geheimen Parteitag ausführlich zu berichten, hat begeisterte Schilderungen dieser Tagung veröffentlicht, die eine „entscheidende Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung“ der KP. gewesen sei. Gleich in der ersten Nummer über die Eröffnungssitzung brachte sie einen großen Vorkurs: „Die internationale Rechte entlarzt!“ Auf wen bezog sich das? Auf die sozialistische Internationale, auf die Amsterdamer Internationale? Weit gefehlt! Es waren damit gemeint: Trotzki, Souvarine, Loriot, Dunois usw.

Die ganze Geschichte ist umso komischer, wenn man bedenkt, daß die neuen Diktatoren Leute sind ohne jede politische, s. T. mit sehr trübem Vergangenheit. Es sind dies eine Frau, die sich Suzanne Girault nennt, das französische Gegenstück zu Ruth Fischer, nur, daß kein Mensch weiß, woher sie stammt und ob sie nicht in Wirklichkeit Russin ist. Vor allem aber herrscht über die französische kommunistische Partei ein gewisser Traint, der ursprünglich Lehrer, sodann Hauptmann in der französischen Armee war und von dem nachgewiesen ist, daß er noch im Sommer 1920 sich darum bewarb, als französischer Instruktionsoffizier in das polnische Heer gegen Sowjetrußland einzutreten! Als diese Geschichte später herauskam und er deshalb aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, kam er auf den rettenden Einfall, zu erzählen, er hätte damit nur Spionagediebstahl zugunsten der Roten Armee gegen die Polen beabsichtigt. Es wurde ihm geglaubt! Jetzt aber rächt er sich an all denen, die ihm wegen dieser dunklen Geschichte einst nicht recht trauten, und er läßt sie aus der Partei hinauswerfen.

Es wird später eine dankbare Aufgabe der Satiriker sein, die Geschichte der Parteien der Moskauer Internationale zu schreiben. Der gesunde Menschenverstand spricht dafür, daß diese Hanswürste über kurz oder lang vollständig abgewirtschaftet haben werden. Einstweilen gibt es leider noch immer deutsche Arbeiter, die blindlings der Ruth Fischer, dem Scholzen und der „Roten Fahne“ nachlaufen — warum soll es in Frankreich keine Leute geben, die das Heil der Revolution von Suzanne Girault, von Traint und von der „Suma-nite“ erwarten?

### Erhöhung der Personentaxen bei der Reichsbahn

Da die Arbeiterschaft der Reichsbahn den Lohn-tarif gekündigt hat, wird es in den nächsten Tagen zu Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeitern kommen. Da wenig Aussicht besteht, daß die Lohnerbhöhung vermindert werden kann, ist die Reichsbahn gezwungen, diese Lohnerbhöhung durch Erhöhung ihrer Einnahmen auszugleichen. An zuständiger Stelle wurde, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, erklärt, daß dies nur möglich sei durch eine Erhöhung der Personentaxen um mindestens 10 Proz., da die Gültertaxen im Augenblick eine weitere Belastung nicht vertragen.

Wenn sich die Lohn- und Gehaltsbewegung im Laufe des Februar zu einem schweren Ungezwirne zusammenballen wird, dann trägt daran vor allem das Reichsfinanzministerium ein gerüttelt Maß von Schuld. Schon längst hätte die Beamten-befehlsfrage in Ordnung gebracht werden können. Seit Wochen schwirren Gerüchte über eine Erhöhung der Beamtenbezüge. Die Reichsregierung, die in ihrer Erklärung vor dem Reichstag eine so tiefe Verbeugung vor der Beamtenchaft gemacht hat, muß jetzt dem Wort die Tat folgen lassen, wenn sie sich nicht unsterblich blamieren will. Das Reichsfinanzministerium hüllt sich jedoch in Schweigen und die Reichsbahn wartet auf die Entscheidung des Herrn v. Schlieben.

Behördenlicherseits hat sich die Reichsbahn-Aufsicht nicht dazu aufraffen können, das von den Organisationen scharf bekämpfte Leistungs-Zulagen-System fallen zu lassen und statt dessen eine Lohnerbhöhung, die diesen Namen verdient, einzutreten zu lassen. Wohl sind zunächst für die Leistungszulage pro 1923 nur 16 Millionen Mark veranschlagt, allein die Möglichkeit der Erhöhung besteht und wir dürften mit unferer Schätzung des Gesamtbetrages der Zulage pro 1923 auf 30 Millionen nicht zu hoch gegriffen haben. Sätte die Reichsbahn-Gesellschaft es dann über sich gebracht, einmal von der Erhöhung der Bezüge des oberen Personals abzusehen, so hätte wenigstens eine 10prozentige Erhöhung der Personaltaxe vermieden werden können. Staat dessen verflüchtigt die allgemeine Erhöhung der Bezüge rund 100 Millionen, die durch die Erhöhung der Personaltaxe um 10 Proz. bereingebraucht werden müssen.

### Die bloßgestellten völkischen Verleumder

Wochenlang haben die Nationalsozialisten jetzt schon mit dem Hinweis hauferten, daß sie „schwerwiegendes Material“ gegen Parlamentarier der Linksparteien besitzen, die im künftigen Verleum mit Wamat anstehen haben. Als der Abg. Graefe vor wenigen Tagen sich der gleichen Lage von der Tribüne des Reichstags herab bediente, wurde ihm wiederholt ausgerufen: Heraus mit dem Material! Aber bis heute hat die Öffentlichkeit von diesem Material nichts verspürt! Jetzt hat der Vorsitzende des Wamat-Ausschusses im Reichs-tag, Dr. Saenger, an die Nationalsozialistische Freiheitspartei

ein Schreiben gerichtet, in dem er um die Uebermittlung des Materials bittet, damit die Unterfuchung ordnungsgemäß geführt werden kann. Was aber geschieht? Die Verleumder zweifeln, sie lehnen es ab, ihr „Material“ auszuhandeln und verweigern sich zur Begründung dieser Ablehnung hinter geradezu lächerliche Ausreden. Pöflich betrachten sie den Wamat-Ausschuss als parteilich, und deshalb wollen sie ihr Material auch „weiterhin lediglich der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben“.

Den Herren Verleumdern in der Ludendorff-Partei scheint hier ein kleiner Irrtum unterlaufen zu sein. Tatsächlich sind sie gar nicht im Besitz von „Material“. Vielleicht hatten sie gehofft, daß ihnen der völkische Staatsanwalt, der die Unterfuchung leitet, dazu verhelfen würde. Hat er es abgelehnt, weil dieses Material zu dürftig war und sich eine Aktion nicht lohnte? Das Material der völkischen ist in Wirklichkeit das Material des Staatsanwalts. Wäre es anders, dann hätten die Verleumder jetzt wahrhaftig allen Grund, damit vor der Öffentlichkeit zu erscheinen. Ihr Agitationsbedürfnis ist im übrigen so groß, daß sie sich nicht mit dem geringsten Vorwurf zurückhalten würden, wenn sie irgend eine Beschuldigung gegen linksgerichtete Parlamentarier erheben könnten. Jedenfalls ist auch jetzt wieder einmal bewiesen, daß die völkischen in erster Linie von der Verleumdung leben.

### Heil dir im Bürgerblut...

Der Kronprinz, demontriert.

Wie dem „Berliner“ aus Breslau berichtet wird, hat der frühere Kronprinz sich am letzten Samstag zum erstenmal seit seiner Rückkehr nach Dels zur Teilnahme an einer politischen Demonstration hinhängen lassen. Er erschien bei einer öffentlichen Kundgebung des schlesischen Landbundes in Breslauer Zirkus-Busch, wurde dort feierlich empfangen und von der Versammlung mit einer großen Ovation begrüßt. Der Hauptredner der Landbündlerversammlung war der deutsch-nationale Freiher von Nitschke. Der Inhalt der Rede und Entschlüsseungen beschränkte sich nicht nur auf die übliche Verteilung der agrarischen Schutzzölle, sondern ging auf die Parteipolitik ein, namentlich unter schärfsten Angriffen auf Sozialismus und Demokratie.

Bezeichnend dafür ist, s. V. eine Entschlüsseung, die einstimmig angenommen wurde und in der es heißt, daß im Fall völkischer Rechte aus sozialistischen Parteirückgriffen an die völkischen Vertreter des internationalen Kapitalismus gegeben worden seien, während bekanntlich die Unterfuchung im Fall völkischer nur rechtsstehende Kreise belastet hat.

Wenn Empfang des Kronprinzen vor dem Zirkus soll sich übrigens ein Beamter der Republik in würdevoller Form beteiligt haben, indem er dem Hohenzollern die Hand küßte. Eine Unterfuchung darüber ist von sozialdemokratischer Seite sofort verlangt worden, zumal es sich ansehensum einen republikanischen Beamten im Dienst und in voller Uniform gehandelt zu haben scheint.

### Hausbesitzer-Offensive gegen den Mieterchutz

Der bekannte Hausbesitzerführer Sumar, München, hat dem Reichswirtschaftsrat Anträge unterbreitet, die darauf hinauslaufen, die Wohnungszwangswirtschaft restlos aufzuheben. Die Anträge beziehen sich auf das Mieter- und Wohnungsmangelgesetz. Das Mieterchutzgesetz soll nur zwei wesentliche Paragraphen enthalten. Die Kündigung soll für den Schluß eines Kalendermonats zulässig sein. Der Mieter soll nur berechnigt sein, bei Kündigung das Amtsgericht zur Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung anzuregen. Es soll aber nur ein Richter entscheiden, und zwar nach dem Grundlag der Billigkeit. Nähere Bestimmungen sind nicht erwähnt. Das Wohnungsmangelgesetz hat drei wesentliche Paragraphen. Danach soll der Verfügungsberechtigte berechnigt sein, frei werdende Wohnungen durch freie Vereinbarung neu zu vermieten; die Auswahl der Mieter soll dem Verfügungsberechtigten überlassen bleiben, und ein Tausch soll nur möglich sein, wenn die Hauseigentümer bzw. die Verfügungsberechtigten ihre Zustimmung geben. Im übrigen sollen Mieterchutzgesetz und Wohnungsmangelgesetz außer Kraft treten.

Zu diesem Generalantrag auf die Mieterchutzgesetze schreibt die „Völkische Zeitung“:

„Man stelle sich vor: in Deutschland fehlen rund 1 1/2 Millionen Wohnungen. Bei den Wohnungsämtern sind hunderttausende von Wohnungsbewerbern eingetragen, die seit Jahren darauf warten, in den Besitz eines eigenen Heims oder aus über menschenwürdigen Wohnraum heraus in eine größere Wohnung zu kommen. Flüchtlinge und Opstanten aus den abgetrennten Gebieten wohnen seit Jahren in Baracken, Notwohnungen oder haben bei mitleidigen Menschen Aufnahme gefunden. Die Jungverheirateten der letzten 5 Jahre warten immer noch vergebens auf eine Wohnung. Und nun soll plötzlich der Hauseigentümer nicht nur das Recht haben, seinen Mietern zum Schluß eines Kalendermonatsjahres zu kündigen, sondern es soll ihm auch überlassen sein, die Auswahl der Mieter zu treffen. Wird es Möbelschuppen genug geben, um all denen den Anzug zu beforgen, die schon zu dem nächsten zulässigen Termin aus der Wohnung gesetzt werden? Wird es Gerichtsvollzieher und Schutzpolizei genug geben, um all die zwangsweise herauszubringen, die nicht freiwillig gehen, weil sie keine Ersatzwohnungen gefunden haben? Die Bestimmungen über die Ersatzwohnungen soll nämlich fallen. Wird es in Großstädten nicht zu Mord und Totschlag kommen, wenn dem Antrag Sumars stattgegeben und er sich auswirken wird? Es werden dann zunächst all die herausgesetzt werden, die im Laufe der letzten Jahre irgend welche Differenzen mit dem Eigentümer hatten. Es werden die Kinderreichen und die Minderbemittelten obdachlos werden, und sie werden auch alle keine neue Aufnahme finden, weil ja die Auswahl der Mieter den Verfügungsberechtigten überlassen bleibt. Die Möglichkeit, auf den Vermieter einen Zwang auszuüben, eine obdachlose Familie aufzunehmen, gibt es dann nicht mehr. Diese Dinge muß man sich gegenwärtigen, und man wird selbst einsehen, daß von einer Aufhebung des Mieterchutzgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes zur Zeit gar keine Rede sein kann. Wenn auch die Hauswirte auf ihrer letzten Tagung erklärt haben, daß sie jetzt ernsthaft gewillt sind, die Fesseln zu sprengen, die Innenminister ihnen auferlegt haben, und wenn Sumar als erster Vorwärtender erklärt hat, der Hauptverbandstag solle im Zeichen des offenen Kampfes gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, dann darf sie das nicht veranlassen, bei der

Interessenvertretung des Wohlf der Gesamtheit aus dem Anze zu lassen und Anträge einzubringen, von denen sie sich vorn berein wissen, welche ungesunden Folgen sie nach sich ziehen.“

Nicht ganz so weit wie die radikalen Hausbesitzer will die Deutsche Volkspartei mit einem im Reichstag eingebrachten Antrag gehen, der die Einführung der Friedensmiete am 1. Juli 1923 und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im Jahr 1926 verlangt. Auch dieser Antrag darf keine Mehrheit finden, weil seine Folgen nicht abzusehen sind. Die Mieter müssen rechtzeitig zur Abwehr rücken!

### Aus dem Untersuchungsausschuss der Wamat-Affäre

Der preussische Untersuchungsausschuss für die Wamat-Affäre setzte am Dienstag seine Verhandlungen fort. Als erster Zeuge wurde der frühere Präsident der Beobachtung von Dombis über den Geschäftsgang der Beobachtung unter seiner Leitung und insbesondere über die Kreditverteilung im Falle völkischer und Wamat befragt. Seine Aussagen bildeten eine Verhütung für die Behauptung, daß die gegenwärtig zur Debatte stehenden Affären nie möglich gewesen wären, wenn die Beobachtung ordnungsgemäß gearbeitet hätte und bei der Beobachtung von völkischen um genügende Deckung bemüht gewesen wäre. Im Anschluß an die Vernehmung des früheren Präsidenten der Beobachtung wurde in die Vernehmung des Abg. Hellmann eingeleitet. Er gab einleitend einen längeren Bericht über seine Bekanntschaft mit Julius Wamat, den er am 4. März 1919 kennengelernt hat. Hellmann war damals Berliner Vertreter des Blattes „Der Volk“, zu dessen Gründung Julius Wamat 250 000 Mark zur Verfügung gestellt hatte, ohne aber direkten journalistischen Einblick auf das Blatt zu gewinnen. Anfang März 1919 kam Wamat nach Berlin, um hier eine Rotationsmaschine und deutsches Papier für die erwähnte Zeitung einzukaufen. Er ließ Hellmann bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß er ihn kennenlernen möchte. Dessen Wunsch hat Hellmann entworfen und ist dann am 4. März wieder nach Weimar zurückgekehrt, wo er damals den Sitzungen der Rotationsmaschinen als Presserevisor beizuwohnte. Ich selbst habe während des sechsmonatigen, sehr häufigen Verkehrs mit Wamat einen sehr guten Eindruck von ihm gewonnen. Meine Partei-gesessenen Müller und Wels haben im Mai 1919 anlässlich einer Intern. Konferenz in Amsterdam Wamat kennengelernt. Was die Wamat-Affäre anbelangt, so ist zu bemerken, daß Wamat schon früher in Deutschland gewesen ist. Die Poststelle in Amsterdam hat ihm nach dem Abzuge dorthin das Num. 1919 und April. Ein Dauerbismar wurde von der deutschen Gesandtschaft im Haag abgelehnt, und zwar mit der Erklärung, daß ein solches Num nur das Auswärtige Amt in Berlin ausstellen könne. Ein Anzei, holländischer Generalkonsul in Holland zu werden, hat Wamat abgelehnt, weil er nicht holländisch war. Gewandert habe ich mich über einen Vorfall, daß Wamat eines Tages während des Völkischen-Kongresses nach Amsterdam telephonieren konnte. Er sagte mir, er brauche eine Erlaubnis des Herrn von Kottwitz vom Korpskommando, nach Amsterdam zu telephonieren. Bei dieser Gelegenheit hat Wamat dem Abnutanten des Herrn v. Kottwitz, den Krüger des Namens eines alten völkischen Geschlechtes, kennengelernt. Dieser erklärte ihm, er werde aus der Reichswehr entlassen und wolle sich eine neue Erziehung in Südamerika schaffen. Er habe zu niemanden in Deutschland ein solches Vertrauen wie zu Wamat. Dieser stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der Offizier ging dann nach Südamerika und hat dann im Jahre 1923 das Parleben zurückgekehrt.

Aus dem Verkehr Wamats mit dem Reichspräsidenten: Nach der Konferenz von Amsterdam sollte Wamat nach Berlin zurück. Er wies ein Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Ebert vor, in dem dieser bat, ihm, dem belgischen Politiker, mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokratie für die Friedensverhandlungen in Versailles hätte. Er wolle diese Wünsche dem sozialistischen Vertreter Belgiens auf der Berliner Konferenz übermitteln. Deshalb wurde Wamat Ebert vorgelegt. Dieser hat von dem Schreiben Kenntnis genommen und seiner Freude Ausdruck gegeben über eine solche Gelegenheit, da es für Deutschland nicht kleine Wege gäbe, auf die Friedensverhandlungen einzuwirken. Wamat wurde dann vom Reichspräsidenten zum Abendessen eingeladen und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tafel. Seitdem hat der Reichspräsident Wamat über einen der Wamats nie wieder gesehen. Nach dem Januar 1919 haben keine Beziehungen mit dem Reichspräsidenten bestanden. Hellmann kommt darauf auf die Rolle zu sprechen, die der sozialdemokratische Abg. Franz Krüger bei der Ausschließung von Auswärtigen umgespielt hätte. Dieser habe dabei nicht im Sinne des Reichspräsidenten, sondern auf seine eigene Verantwortung gehandelt. Krüger habe sich nicht als Beamter, sondern als politischer Verbindungsmann zwischen Reichspräsident und der sozialdemokratischen Partei angesehen. Aus seiner Stellung hätten sich fortwährend Konflikte zwischen ihm und dem Reichspräsidenten ergeben, die schließlich dazu geführt hätten, daß Krüger seine Tätigkeit bei dem Reichspräsidenten niedergelegt habe.

Hellmann bespricht dann die Beziehungen zwischen dem Sohn Eberts und Wamat. Die verhängnisvolle Affäre, die gegen ihn wegen seiner Stellung in der Reichszentrale für Heimatdienst gerichtet worden seien, hätten ihn diese Stellung verleiht. Er wolle gerne ausscheiden und suche eine andere Tätigkeit. Deshalb wandle er sich eines Tages ohne Vorwissen von ihm, Hellmann, an Wamat und fragte, ob er nicht in seinem Betriebe eine Stellung finden könne. Wamat habe nicht ja und nicht nein gesagt, sondern ihn gebeten, einmal zur Bremer Privatbank zu gehen und mit deren Leitern zu verhandeln. Daraufhin sei Herr Ebert jun. vom Leiter der Bremer Privatbank engagiert worden, zum Zweck, ein sozialpolitisches Referat für den gesamten Kongress aufzugeben. Das sei im Herbst 1922 gewesen. Solange dieses sozialpolitische Referat aber nicht bestünde, sollte Ebert jun. in der Buchhaltung arbeiten und zwar zu einem Gehalt von 900 Mark monatlich. In der Buchhaltung sei er 1 1/2 Monate beschäftigt gewesen, die Tätigkeit habe ihm aber wenig bequemt und er habe am 28. November an Wamat geschrieben, er möchte austreten, weil er das Tätigkeitsfeld als für ihn nicht geeignet finde.

### Ein gerichtliches Nachspiel zur Verfassungsafläre

München, 3. Febr. (Ep. Bericht.) Da die Polizeidirektion in München im August 1924 dem Sozialdemokratischen Verein München die Feier des Verfassungstages verboten hatte, wurde die Veranstaltung auf dem 40 Kilometer südlich von München liegenden Taubenberg abgehalten. Als nach Beendigung der Feier ein Teil der Genossen mit Postkoffern und Fahrgeld zum Dorf Polzfeld fuhr, kam es durch das herausfordernde Verhalten der Bauern zu einem Zusammenstoß, wobei der Abg.

schneidender Schuss aus München den Bauern Bastian mit einem griffeltem Messer erschossen hat. Der Vorfall hatte eine Anklage vor dem Schwurgericht München zur Folge, vor dem sich am Dienstag die Arbeiter Wilhelm und Johann Kuntz, Michael Heinrich, Andreas Fischbacher und Reinhold Schütz, alle aus München zu verantworten hatten. Die Anklage lautet auf vorsätzliche Tötung. Aus der Zeugenerhebung ergab sich, daß die Republikaner, als sie durch Polizeibeamteten, als Sowjetworte beschimpft und angepöbel wurden. Die Angeklagten haben teilweise in Notwehr gehandelt. Der Staatsanwalt beantragte für die vier erkrankten Angeklagten je 15 Monate Gefängnis, für Schütz 5 Jahre Zuchthaus, und erklärte, man müsse den Angeklagten mildernde Umstände zubilligen, da sie im Felde in hervorragender Weise ihre Pflicht als deutsche Soldaten erfüllt hätten. Der Verteidiger verlangte Freisprechung für alle. Das Urteil lautet für Fischbacher auf Freisprechung, die beiden Brüder Kuntz und Heinrich erhielten je 6 Monate Gefängnis, Schütz wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, wovon 5 Monate für erlittene Unterjuchungshaft abgehen.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Febr.

Am Regierungstisch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. — Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr. Das Abkommen mit Polen über die Verabreichung von Bauhilfen im Dorfe kurzgelesen und Herr Reichsminister durch Polen wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Abg. Schulz-Bromberg (D.M.) kündigt für die dritte Lesung harte Beschlüsse seiner Freunde gegen die Polen an. Die Verhältnisse in den Grenzgebieten bedürfen dringend der Besserung. Die polnische Grenzverwaltung geht in unerhöhter Weise ohne Recht und aus reiner Willkür gegen die friedliche deutsche Bevölkerung vor, wo sie sie ertre, schleppe sie dieselbe ins Gefängnis und erschleie sie sogar. Das Abkommen sei das Schlußstück einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Weichselgrenze, in der entgegen eines feierlichen Abkommens Litauen der freie Zugang zur Weichsel genommen wird. Darauf wird die

zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche Anträge über die Arbeitszeit. Abg. Schneider-Berlin (Dem.), bemängelt die viele überflüssige Schreibarbeit, die in den Ministerien geleistet werde. Freier Geist in der Sozialpolitik könne nur durch demokratische Gedankengänge kommen (Lachen rechts). Die Schäden der Reichsregierung müssen beseitigt werden. Aber nicht nur das Ministerium, sondern auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer brauchen einen neuen Geist in der Sozialpolitik. Die Arbeitslosenversicherung muß endlich fertiggestellt werden. Entscheidend sei in den Briefen der Arbeiter die Drang nach Arbeit. Die Dinge sind notwendig sein Reformen in der Angelegenheit, um Unzufriedenheit zu vermeiden. Die Frage der Arbeitszeit sei eine Kulturangelegenheit. Der Redner fordert Beseitigung des jetzigen Systems der Lohnsteuer.

Auf Antrag der Parteien werden nacheinander noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, welche Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt. Abg. Dreiwitz (Mittgl.) schließt die schwere wirtschaftliche Lage des Mittelstandes und fordert nachdrücklich Hilfe für Gewerbe und Handwerk. Die Lehrlinge müßten zunächst erlassen werden. Das ganze heutige Elend sei auf eine verkehrte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Arbeitgeber in Kleinhandel und Gewerbe wehren sich gegen eine Ueberplanung der Sozialpolitik.

Abg. Schwarzer (Bau. Sp.) dankt der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen. Dadurch sei die Befriedigung eines Reichsministeriums in der Sozialpolitik beseitigt worden. Auch das Reichsministerium des Innern solle sich für eine gewisse Zeit für eine einheitliche Fortentwicklung der sozialen Interessen. In der Unfallversicherung müßten die berechtigten Forderungen der Rentnerbefürworter und der Hinterbliebenen endlich durch organische Formen verwirklicht werden. Abg. Eißner (M.) bezeichnet es als dringende Notwendigkeit, das Wirtschaften aus der Arbeitslosigkeit wieder herauszubringen. Nur dann könnten wir wirtschaftlich und sozial wieder vorwärts kommen. In den Handels- und Gewerbebetrieben seien die Arbeiter leider nicht vertreten. Der seien die Unternehmer allein die Herren. Der Redner verlangt gründliche Prüfung des Gedanken eines Arbeitsdienstjahres, was die innere Kolonisation erheblich fördern würde. Es sei ein Standal, wenn vielfach heute noch nicht einmal die Vorkriegslöhne bezogen würden. In der Landwirtschaft habe man den Personalabbau mit ungläubiger Brutalität durchgeführt.

Darauf nimmt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Wort und gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erwidert an seine Rede im Haushaltsausfluß und lehnt es ab, sich über Dinge zu äußern, die noch im Stadium theoretischer Erwägungen sind. Seine Reden bringen kein praktisches Ergebnis für die sozial Leidenden. Für sie allein kann es nur praktische Arbeit geben. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch unsere Sozialversicherung auf festen Füßen stand. Nach Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes würde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Es sei eine Atempause notwendig. Es hat seinen Zweck, Beschlüsse zu fassen, die man nachher wieder forzieren müsse. Der Minister spricht sich für eine baldige endgültige Schaffung der Arbeitslosenversicherung aus. Selbstverständlich könne auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen unserer Gewerkschaften hätten sich seit Jahresfrist um rund 100 Prozent gehoben.

Der Minister beschäftigt sich dann mit der Frage der Arbeitszeit. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erfordere die Arbeitszeitverlängerung in veränderter Arbeitszeit und verkürzter Wochen. Die Reichsregierung müsse unternehmer werden auch nicht so kurzfristig sein, zu glauben, mit solchen Mitteln ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten. Die Verlängerung der Arbeitszeit war nur ein Hilfsmittel in der Not. Vollständig falsch sei die Behauptung, daß Anweisungen zur Niedrighaltung der Löhne gegeben worden sei. Der Minister bedauert, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer noch allzu sehr auf die Verbindlichkeitsklärung einlassen und dem Arbeitsministerium die Verantwortung zuschieben. Zu begründen wäre es, wenn die Beteiligten eigene private Schlichtungsstellen schaffen würden. Voraussetzung dafür sei aber eine wahre Arbeitsgemeinschaft. Gegen ungelungene Preisermittlung sei das Arbeitsministerium stets eingeschritten. Die Reichsregierung sei aber nicht verantwortlich, wenn geltende Bestimmungen von den Ländern nicht scharf durchgeführt werden. Auch wenn die Löhne in der Arbeiterbewegung manchmal verfallen, so wäre das nicht Schuld des Reiches und des Arbeitsministeriums. Der schematische Achtstundentag sei für den Arbeitgeber nicht tragbar, auch wenn er Diktator sei. (Gelächter). In der Frage des Washingtoner Uebereinkommens sei der Standpunkt der Regierung bekannt. Deutschland beabsichtige

keineswegs ein Vorgehen, welches als soziales Dumping bezeichnet werden könne. Aber auf die besonderen Verhältnisse müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Dr. Kopsch (Dem.) erhebt Einspruch gegen die Ausführungen des Abg. Siegmund, die als gegen den Apothekerstand gerichtet aufgefaßt werden könnten.

Abg. Künze (D.M.) fordert Sicherung des arbeitsfreien Sonntags. Den schematischen Achtstundentag lehne die Industrie des Westens ab. Was die rheinisch-westfälische Industrie mit der Uebernahme der Lasten der Rheinverträge geleistet habe, sei eine Großtat gewesen, die Sozialdemokraten hätten damals der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt. Diese Verlängerung allein habe die Wiedererrichtung der Betriebe gestattet. Die Stabilisierung der Arbeit und die Rheinverträge hätten die Ruhebetriebe, so auch die Firma Krupp um einen wesentlichen Teil der Substanz gebracht.

Abg. Dittmann (Soz.) ist von den Ausführungen des Ministers sehr wenig befriedigt. Er stellt in Abrede, daß die sozialdemokratischen Arbeitervertreter seinerzeit der Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet zugestimmt haben. (Widerpruch bei den Kommunisten.)

Unter großem Beifall des Hauses wird dann Abg. Köbel (Komm.) den Sozialdemokraten Gesundheit und Arbeiterberuf vor. — Weiterberatung Donnerstag nachmittag 1 Uhr. Schluß 8 Uhr.

## Badischer Landtag

Staatliche Kreditbürgschaft für die Landwirtschaft — Hagelversicherung

12. Sitzung

14. Karlsruhe, 4. Februar 1925.

Die Einleitung der heutigen Sitzung bildet die Beantwortung einer Anzahl „freier Anfragen“ durch Regierungsvertreter. Von besonderer Wichtigkeit sind solche Anfragen meistens nicht, die Antwort wird auch meist von den Beantwortern mehr oder weniger deutlich bemerkbar heruntergelesen, und damit ist dann die Sache erledigt.

In der Tagesordnung kommt zunächst ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Ritter zur Beratung. Der Antrag ist von der Staatsanwaltschaft Offenbarung gestellt. Es handelt sich ausnahmsweise bei dem Herrn Ritter nicht um ein politisches Vergehen, sondern Herr Ritter hat sich mit noch zwei Angehörigen in Offenbarung in einem Kaffee „benommen“; sie veranlassen nach Feierabend von einem Wirt die Verabreichung von Getränken. Gegen Ritter soll nun die Anklage wegen Würgens, Bedrohung und grobem Unmut erhoben werden. — Abg. Dr. Mannes-Karlsruhe erstattet den Ausschussbericht, der Antrag geht dahin, die Strafverfolgung zu genehmigen. — Abg. Ritter (Komm.) gibt eine weitläufige Darlegung der Vorverhältnisse. Es handelt sich natürlich auch hier um eine böswillige Verfolgung der armen unschuldigen Kommunisten. — Abg. Dr. Glöckner (Dem.) hat prinzipielle Bedenken gegen die Aufhebung der Immunität. — Abg. Marum (Soz.) stimmt zu, zumal Ritter es selbst wünscht. — Abg. Wittmann (Ztr.) teilt den Standpunkt des Abg. Marum, wobei er es als ungewöhnlich bezeichnet, daß ein Abgeordneter während der Behandlung seiner Angelegenheit im Saale bleibe und sogar das Wort ergreift.

Ein anderer Zentrumsjurist, Abg. Rieger, ist gegen den Antrag. — Der Berichterstatter betont nochmals, daß es sich auf keinen Fall um eine politische Angelegenheit handle, diese Feststellung habe den Geschäftsausschuss bei seinem Antrag geleitet. — Der Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung wird angenommen gegen 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Bürgschaft des Landes Baden für Banken an landwirtschaftliche Organisationen

Den Bericht des Haushaltsausschusses, den wir bereits kennen, erstattet Abg. Schöda. Der Ausschuss beantragt, daß den 5 landwirtschaftlichen Kreditorganisationen eine Bürgschaft in höchstens einer Gesamthöhe von 10 Millionen gestattet werde. Das Land Baden übernimmt dabei von der Gesamtschuld 2 Prozent.

Abg. Kralber (Landb.) schildert in hinreichend bekannter Weise die Not der Landwirtschaft und begründet deshalb dankbar die Hilfe des Ministeriums des Innern; er begründet weiter einen Antrag, daß die vom Staat zu übernehmende Summe statt 2 Proz. 3 Proz. betragen soll. — Abg. Rieger (Ztr.) begründet ebenfalls die Vorlage. Wenn das Jahr 1925 ausfalle wie das Jahr 1924, dann stehe die Landwirtschaft vor derselben Not, in der sie heute steht, und der Staat müsse dann wieder eingreifen. Die Landwirtschaft wird den Tag begrüßen, an dem sie die Hilfe des Staates empfangen kann. Den Bauernbund-Antrag lehne das Zentrum ab; er sei ein Ueberplanungsantrag. — Abg. Gähler (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, der die Gewährung eines Kredits zu 4 Proz. Zinsen an Kleinbauern verlangt. Von der Annahme des Antrags mache die kommunistische Fraktion ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig.

Abg. Hüderl (Soz.)

hätte gewünscht, wenn diese Vorlage gemeinsam mit einer Vorlage über Kreditgewährung an Handel, Gewerbe und Konsumgenossenschaften behandelt worden wäre. Den anerkennenden Worten für die Genossenschaften schließen wir uns an. Wir hoffen aber auch, daß man auch Verständnis hat für den genossenschaftlichen Zusammenfluß der Kommunisten in der Stadt. Daß die Regierung bei den Millionenbeträgen eine gewisse Vorsicht walten läßt, ist verständlich. Den Antrag des Landbundes nehmen wir an. Wenn man der Landwirtschaft helfen will, muß man auch Dörfer bringen. Wenn es utopisch wäre, daß die kleinen Landwirte die sozialdemokratische Kreditation nicht erhalten hätten, wie Abg. Gähler behauptete, so wäre dies bedauerlich und die sozialdemokratische Fraktion müßte sich ihre künftige Stellungnahme vorbehalten. Wir wollen, daß in erster Linie die kleinen Landwirte von der Hilfsmaßnahme profitieren. Abg. Gähler muß aber Beweise bringen für seine Behauptungen; auch die Genossenschaften müssen sich gegen diesen Vorwurf wehren. Im übrigen stimmen wir der Vorlage zu. (Beifall bei den Soziald.)

Abg. Schill (Ztr.) gibt ein Bild über die durch den bad. Bauernverein im letzten Jahre erledigten Kreditgeschäfte; deren Zahl beläuft sich auf gegen 10.000, daraus gehe hervor, daß nicht nur der Großbesitz bedroht worden sei. — Abg. Schöda (Dem.) unterstreicht die Mitteilungen des Berichterstatters durch Angaben von Zahlen von der Landwirtschaftsbank. Die Behauptung, kleine Landwirte würden zurückgewiesen, sei leeres Gerübe. — Abg. Dr. Herfurth (Ztr.) begründet eine Resolution, daß auch die 22.250 Landwirte, die den auf Schulz-Delischer Grundlaga aufbauenden Kreditgenossenschaften angehören und in der badischen Landesgenossenschaft organisiert sind, einen Anteil an dem Kredit erhalten. — Abg. Dr. Mathes (D. W.) stimmt der Vorlage und dem Antrag des Landbundes zu. — Ministerdirektor Dr. Peers lehnt eine Bindung der Regierung durch die Resolution Dr. Herfurth ab. — In der folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Landbundes-Antrag wird angenommen. Der Gegenentwurf wurde jedoch bei Enthaltung der Kommunisten angenommen. — Der Antrag Herfurth wird bei zahlreichen Enthaltungen angenommen.

men. Zu letzterem Antrag erklärt Abg. Marum (Soz.), daß die soziald. Fraktion sich deshalb der Stimme enthalte, weil nicht zu sehen sei, wer hinter der Landesgenossenschaft stehe. Es sollen Großkapitalisten sein.

Ueber die Abhör der Rechnung des Rechnungshofes erstattet Abg. Freidhof einen kurzen Bericht. Die Abhör wird ohne Debatte genehmigt.

### Die Hagelversicherung

Ueber die Beratung des Antrags des Landbundes, 300.000 Mark in den Nachtrag zum Voranschlag zur Förderung und Bewilligung der Hagelversicherung einzustellen, erstattet Abg. Reichmann den Ausschussbericht. Der Antrag des Haushaltsausschusses lautet, die Regierung zu ersuchen, 1. in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924/25 zwecks Auffüllung des Hagelversicherungsfonds den Betrag von 130.000 M einzustellen und ferner für das Jahr 1925 von der Nachschubprämie 20 Proz. aus Staatsmitteln zu beden; 2. dem Landtag eine Denkschrift über die Einführung der obligatorischen Hagelversicherung vorzulegen. — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird ohne Debatte einstimmig angenommen. — Um 1/28 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag 1/9 Uhr festgesetzt.

Der erste parlamentarische Abend in dieser Landtagssession fand am Dienstag abend in Gegenwart vieler Abgeordneter und einer größeren Anzahl geladener Gäste statt. Prof. Dr. Curtius aus Heidelberg hielt einen interessanten und geistvollen Vortrag über die nationale Erneuerung Frankreichs 1871—1914. Er dürfte recht haben, wenn er u. a. bemerke, daß wir uns in Deutschland leider viel zu wenig mit dieser Frage befassen hätten. Wir hätten dann manchen Problemen, die während des Weltkrieges auftraten, anders gegenübergestellt. Beim nachfolgenden zwanglosen Beisammensein spielte die Bereinigung der badischen Politikminister einige angenehm melodisch klingende Weisen.

## Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt:

Weiber, A. Bruchsal: Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, Parteiverammlung mit Vortrag des Gen. Trints. Alle Genossen, Anhänger und Freunde unserer Bewegung sind willkommen.

Mörch, A. Ettlingen: Samstag, 7. Februar, abends 7 Uhr, öffentlicher Vortrag im „Lüben“. Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe spricht über „Die Entschaffung der Welt und des Lebens“. Zahlreicher Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden wird erwartet.

Bühl: Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Trints. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. 2. Deritsch-organisationsangelegenheiten. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Zu dem Vortrag sind auch alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung und alle Volksfreunde willkommen.

Offenauer: Samstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im „Rundinger“ Vortrag des Landgerichtsrats Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe über „Politik und Recht“. Alle Genossen und Genossinnen, alle Anhänger und Freunde unserer Sache sowie alle Volksfreunde werden erwartet.

Muggensturm: Sonntag, 8. Februar, mittags 1 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lamm“ mit Vortrag des Gen. Trints. Thema: „Die Gefahren der Rechtsregierung für die Arbeiterklasse“. Alle Genossen, alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung sind hierzu eingeladen.

Weinarten: Sonntag, 8. Februar, mittags 1/2 Uhr, im „Köble“ öffentlicher Vortrag des Gen. Dr. Ena-Le-Karlsruhe. Thema: „Bau und Wohnungsweisen“. Hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden einzuladen. Die Genossen werden gebeten, für zahlreicheren Besuch zu sorgen.

Ettenau, A. Kallst: Sonntag, 8. Februar, mittags 3 Uhr, im „Strauß“ öffentlicher Vortrag des Gen. Herzer Sinae-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gleichheit, Freiheit und Friede in der Arbeiterbewegung“. Es wird gebeten, für den Besuch zu werben.

Malsch: Sonntag, 8. Februar, abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trints. Hierzu sind alle Freunde und Anhänger unserer Sache eingeladen, vor allen Dingen aber wird vollständige Ersache der Genossen erwartet.

Vinkenheim: Sonntag, den 8. Februar, mittags 3 Uhr, öffentlicher Vortrag in der „Krone“ über „Rebel und Bismarck“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe. Alle sich für den Vortrag Interessierenden sind eingeladen, vor allen Dingen aber werden die Genossen und Genossinnen erwartet.

Trints, Parteisekretär.

Zeitschriftenrat. Soz. Verein. Sonntag, 8. Febr., nachmittags 3 Uhr, findet in der „Blume“ eine Mitgliederversammlung statt. Es wird erwartet, daß sämtliche Genossen dazu erscheinen.

## Gemeindepolitik

Waldbrunn. Bürgermeister Otto Scheurich ist jetzt von seinem Amte zurückgetreten, weil der Bürgerausschuß wiederholt den Gemeindevoranschlag 1924/25 ablehnte, der einen Umlagefuß von 100 Pfg. gefordert hatte. Dieser Voranschlag wurde von den Gemeindegliedern dahin geändert, daß eine Umlage von 55 Pfg. für 100 M Steuerwert erforderlich wird.

Neuregelung des Straßenverkehrs in Magdeburg. Der Polizeipräsident von Magdeburg hat mit sofortiger Wirkung vom 8. Januar ds. J. eine neue Verkehrsverordnung erlassen. Die neue Verordnung erklärt zwei Straßen zu Einbahnstraßen und sehr genaue Bestimmungen für das Rechtsfahren, Nebeneinanderfahren, Ueberholen und Zeigengehen fest. In fünf der Hauptverkehrsstraßen dürfen Fußwege in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends nur auf die Dauer des Ein- und Aussteigens oder des Be- und Entladens halten. In den wichtigsten Verkehrsstraßen ist ferner Straßenhandel verboten und das Umhertragen von Plakaten (wandelnde Reklame) der Genehmigung der Polizeibehörde unterstellt. Auch zum Schutze des Fußgängers sind besondere Bestimmungen erlassen.

Wohnungsbau für Minderbemittelte. Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbau für Minderbemittelte in der Form von billigen Sparenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadterordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Rechtsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbau selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadterordnetenversammlung beschlossen wird.

# Unterhaltung und Belehrung

## Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnankowski

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Für Restitalo waren diese Zeiten ebenso schwer, wie für Lutela. — An die Stelle der früheren Unruhe war eine still nagende Sorge getreten.

Es quält ihn, daß es noch nicht zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen gekommen war. Denn er hatte aufrichtig eine volle Klarstellung gewünscht, nachdem er gesehen, wie gewaltig die Sache Lutela berührte. Damals war sie unterblieben, weil er es für besser hielt, daß sich Lutela erst ein wenig beruhigte. Da es jedoch damals nicht geschehen war, war es immer geblieben.

„Vielleicht versteht er ohnedies, wie alles gekommen ist,“ dachte er. „Und am Ende ist es auch besser für ihn, daß nicht davon gesprochen wird, weil er es selber nicht zu wünschen scheint.“

Aber es quälte ihn weiter. „Wenn ich nur wüßte, worüber er eigentlich brüht,“ jammerte er manchmal. „Wenn er nur einmal spräche — fluchte, witterte oder gar dreinschlägt, das wäre immer noch besser!“

Er lebte lange Zeit in der Hoffnung, daß Lutela selbst losbrechen und dadurch eine Auseinandersetzung herbeiführen würde.

Doch Lutela schwieg still, und seine eigene Last war Tag für Tag dieselbe.

Daran knüpfte sich noch eine andere Sorge: wenn Mantu nur vernünftig blieb! Bei dem Zustand, in dem sie sich befand, wußte man nicht: sie konnte wohl gar ins Wasser gehen. „Hier sind so viele zu überwachen!“ seufzte er in seinen schweren Stunden.

Zuletzt legte er, gleichsam abgestumpft, alles in Gottes Hände — zumal da sich Lutela doch beruhigt zu haben schien.

„Vielleicht ist es am besten, man läßt es gehen, wie es von selbst geht,“ dachte er.

Lutelas Gedanken kehrten immer wieder zu der jungen Frau zurück.

Diese war ihm ein Rätsel. Offenbar war, daß sie auch selbst in ihrem gegenwärtigen Zustand furchtbar leiden mußte.

Eines hätte Lutela vor allem anderen gern festgestellt. Ob ihr früheres Leben rein gewesen war. War sie erst jetzt gefallen, und welches war der äußere Grund gewesen, daß sie eine so gräßliche Tat beging, wenn ihre Vergangenheit ehrbar war?

Aber wie hätte er das feststellen können, wenn er die Sache nicht zur Sprache brachte?

„Wenn sie wenigstens bereute und um Verzeihung bäte!“

In der ersten Zeit hoffte und erwartete Lutela dieses jeden Tag. Und er glaubte mitunter sogar Anzeichen dafür zu bemerken — wie wenn die Freulerin demütiger gewesen wäre, in ihren Blicken etwas um Verzeihung Bittendes gelegen hätte — nur das erste Wort fehlte.

Er versuchte, dieses Wort hervorzubringen — er hielt gleichsam mit den Blicken an, um es zu erwarten. Da dies aber nichts half, wollte er sie mit seinem Blick durchbohren: begreiffst du nicht, was du getan hast?

Doch da erfuhr er eine Ueberbahrung — Die Demut war wie weggewischt, aus ihren Augen sprühte ihm Trost und Haß entgegen.

„Was bedeutet dies?“ fragte er sich verblüfft. „Das war nicht mehr der Blick einer Schuldigen.“

Und so begann er wieder nachzusinnen.

„Hat sie die Natur eines Mannes, eine solche, die einem anderen nicht erlaubt, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen? Und jagte sie diese Zeit also als Einmischung auf — und wollte es zeigen? Und zeigte es, da sie ein Weib war, auf diese sinnlose und entsetzliche Weise?“

So fragte er sich. Und da begannen sich ihm die Fäden immer mehr zu verwirren. Wußte einer von ihnen, was die anderen gedacht, getan und bezweckt hatten? Oder gingen sie alle wie im Nebel, jeder seine eigenen Wege, wenn auch durch das äußere Leben zusammengehalten? Alle litten, das sah er, und die Ueberbebung begann sich ihm jetzt als eine ungeheure Verzweiflungstat darzustellen.

Das beschäftigte gleichsam seine Erbitterung gegen die Restitalos — dies, daß sie alle litten. Sie mußten miteinander reden, dachte er, da sie doch an ein gemeinschaftliches Unglück gebunden waren.

Aber wer sollte beginnen? Für ihn war es unmöglich, führte er — die anderen, die Schuldigen, mußten beginnen.

Es gab jedoch einen Menschen, mit dem er sprach. Er mußte gesehen, daß, wenn Hanna nicht gewesen wäre und wenn sie diese Last nicht zusammen getragen hätten, er es nicht ausgehalten hätte.

Es beschämte ihn zuerst sehr, daß ihn der böse Geist damals so besessen hatte, daß er, der alte Mann, solch Grauenhaftes vor dem unschuldigen Mädchen geredet hatte.

Wie ihm aber Hanna beim erstenmal, als sie sich danach trafen, ohne Falch ins Gesicht blickte und gleichsam immerfort wiederholte: dulden Sie, dulden Sie, Gott wird helfen — da dachte er: vielleicht versteht sie es. Und so entstand ein näheres Verhältnis zwischen ihnen: Das Verhältnis zwischen Vater und Tochter. Ober noch mehr: wie wenn das ganze Mädchen hätte lächeln wollen, was die anderen verbrochen hatten.

Wenn sie einander begegneten, sagten sie sich jedesmal im Vorbeigehen etwas — mit den Blicken. Aus ihren Blicken verstanden sie gegenseitig alles.

Am Morgen kamen sie gewöhnlich zum erstenmal an der Zentrifuge zusammen — wenn Lutela die Maschine drehte und Hanna die Milch behandelte. Das war ihr stilles Kläuterstündchen.

„Wie geht es denn heute?“ fragte Hanna mit ihrem blauen Blick, die Milch in die Zentrifuge gleitend.

„Besser,“ nickte Lutela, sich über die Kurbel der Maschine bendend.

„Ja...?“ erwiderte das Mädchen fröhlicher. Dann legten sie die Unterhaltung während der ganzen Zeit des Zentrifugierens fort.

„Mit ihr könnte ich die Sache ins Klare bringen,“ dachte Lutela manchmal. „Sie weiß alles und versteht alles.“

Aber er hätte es um keinen Preis getan und das stille Vertrauen gestört, das zwischen ihnen herrschte.

Die Sache selbst blieb jedoch beim alten.

Lutela fühlte sich wie ein Knecht, der es unmöglich findet, weiter in seinem Dienst zu bleiben, aber doch nicht freizugehen, sondern schweigend und schwermütig sein Jahr bis zu Ende abarbeiten.

„Bis zu Ende?“ Das war es ja, was ihn in Verzweiflung stürzen wollte. Wann nahm dies ein Ende? Und welches war das Ende? — Er vermochte es nie auszu-denken.

Bisweilen überlegte er: wenn ich im guten wegginge, ohne ein Wort zu sagen — ihnen alles überlasse und meinen eigenen Weg einschläge? Dann wäre ich dies los und fände Frieden.

Doch ihn entsetzte auch dieser Gedanke, die Schmach, die er durch solches Handeln dem tausendjährigen Namen überhaupt und ihnen allen zufügen würde — da die Angelegenheit ja doch gewissermaßen alle betraf.

So vergingen die Tage. Die Zeit bewegte sich vorwärts, obwohl das Leben zu stocken schien.

(Fortsetzung folgt.)

## Sechstagerennen

Von Bruno Schulz

Sechs Tage und sechs Nächte muß einer der beiden Parteien auf dem Rade sitzen, jederzeit der andere bereit sein, ihn abzulösen. Es geht um Punkte, es geht um Stunden, ein Sechstagerennen. Ein raffiniertes ausgetüschtes System, aus dem jeder das Letzte herauszuholen. Neutralisierte Zeit in den Tagesstunden, wo sie halb im Schlaf die Pedale treten können und Punktverlustungen und Mundengewinne fortlassen. Bis das Rennen wieder aus seiner Neutralität herausstritt und der Kampf der Wertungspaar auf neue einsetzt. Immer in der oadalen, eckta angelegten Bahn in den Autoparkieren herum, daß einem vom bloßen Zuseher schon schwindlig wird. Sechs Tage und sechs Nächte. Und in der nicht neutralisierten Zeit immer auf der Hut sein, daß keiner ausreißt, um sich eine Runde zu holen, denn eine Ueberbahrung gilt mehr als alle zusammengefahrenen Punkte, und möchte ein anderer in den Spurts von 6 mal 10 Runden auch immer der Erste gewesen sei, was theoretisch ja möglich ist.

Sechs Tage und sechs Nächte. Und immer wieder ein volles, so überfülltes Haus. Die Räder drängen sich an den Billethältern, als gäbe es ein einziges Ziel zu erringen. Eisenstangen werden von dem Druck gebogen und umgerissen. Sechstagerennen! Der langgestreckte Körper der Besette tut das übrige. Hundstunde, die so wie ich kaum mehr als eine Abnung von diesem Sport haben, verfolgen mit Spannung den Verlauf des Rennen, eine ganze Literatur baut sich um die Soldaten der Sechstagerennen auf. Zum Teil sind es frühere Arbeiter, die hier zu „Kanonnen“ wurden, und wer mit ihnen früher als Kollege zusammenstand, ist stolz darauf. Es ist ein ins Maßlose ins Angehörliche verarbeiteter Sport, und vielleicht ist er gerade dadurch seinen Zauber aus.

Von den 10 000 tagelichen Besuchern sind gut die Hälfte Arbeiter. Ihre Sehnsucht nach Aktivität, nach etwas Besonderen sucht hier Nahrung, und fiebernd hoffen sie, daß gerade in ihrer Nacht der brühten Nacht, die Ueberbahrung, stattfinden soll. Zwei Punktverlustungen lösen sie für ihre Abendstunde, die eine um 10, die andere um 2 Uhr nachts. Und das tolle Prämienfahren. Denn das Geld gibt hier loder, aus dem Namen und Großmannsicht. 1000 Mark Prämie, Autos, Gramophone, ein kleines Häuschen, 500 Mark, oh, hier regnet es alle Herrlichkeiten der Welt. Das Geld sitzt in den Beinen, tritt zu, werde du Erster, die 1000 Meter zuerst am Zielband. Mühsal. Gedrüll. Gallo aus einem Miesemann, bis die Prämien einander nicht mehr jagen und die Fahrer gleichmäßig treten, aber immer auf der Hut vor einem Ausreißer. 150 000 Mark Preise sind allein von der Rennleitung ausgesetzt, dann die Zeitungspreise, andere Bekanntheit und die vom reichen Publikum gestifteten blauen und braunen Rappen.

Es gibt Zuschauer, die 6 Nächte lang auf die große Senfation warten, die meinen, daß die Bombe platzt. Sie müssen Gummis riechen. Unten, im Inneren, in den Logen, sieht die Welt die mehr gesehen werden will als selber sehen. Die Verdümmen der Zuschauer, die sich bei den Stagen aufhalten. Sechstründige Großmühsal. Verdrückte Geiger. Geschäftleute. Filmhjerne. Wenn das Getöse anfängt, denn wie ein einziger wachsender Hund schallt die Masse da oben an, geht etwas Besondere vor, denn teilt sich die fiebernde Erregung auch ihnen mit, springen sie wie elektrisiert auf.

8 bis 50 Mark kostet das normale Eintrittsgeld pro Nacht. Wilde Billethändler draußen, die jeden Preis fordern können, wenn es da drinnen ausverkauft ist. Noch in der allerletzten Stunde des Rennens, ja der letzten halben, kamen sie an, mit ihren Autos aus den Theatern und Vergnügungstätten und zahlte die teuersten Plätze. Oh, es gibt kein Geld für höhere Löhne und Gehälter. Das Geld ist knapp, so knapp für die anderen. Und die anderen, die Armen, von der Senfation taumelig Gemachten, sie versuchten zu Tausenden den Autopark zu stürmen, um mit zu sehen, mit dabei gewesen zu sein. — Sechs Tage und sechs Nächte. Wir haben leider in Deutschland kein Wort, das den Begriff von Tag und Nacht klar in einem knappen Wort zusammenfaßt. 144 Stunden lang haben sie abwechselnd, in ständiger Bereitschaft, die Pedale getreten. Ueber 4000 Kilometer sind zurückgelegt worden, doch der Weltrekord ist ein paar hundert Kilometer höher. Also kein Weltstein, oder doch, — ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß Millionen ausgegeben worden sind, und daß die Zuschauer so viele Dutzende in 6 Voltagen verdient haben, wie ein Arbeiter nicht in 6 Jahren zusammenarbeiten kann. Und was gar die Veranstalter verdienen, wissen sie wohl am besten. An der katholischen Kirche kann auch ein Armer zu den höchsten Stufen sich emporschwingen, in der Demokratie, — wie lange noch bei den kommunistischen Reaktionskumpen? — auch ein Arbeiter höhere, ja die höchsten Stufen erreichen. Aber das sind überall Ausreißer und vom Bild Begünstigte, das Schicksal der breiten Massen wird dadurch

nur so weit gehoben, wie sie selbst aktiver und aufgeschärfter werden. Es ist die Tätigkeit der Hiere.

Doch wach ein „Troit“ liegt darin: auch die Peine, mit einem starken Herzen und eiserner Energie vereinigt, können Begünstigte in die Höhe bringen. Unter diesen Millionen Zuschauerern einer, doch sie kommen ja zum großen Teil aus den Werkstätten, es ist die Spore, ihr Fahrzeug, wenn auch nicht wie in Kopenhagen fast die ganze Bevölkerung hat fährt.

Die Sucht nach Schaupielen, nach Höchstleistungen, liegt tief in der menschlichen Natur begründet. Und diese Sucht kann den Kampf der arbeitenden Massen lösen. Den Wohlstand für ihre eignen produktiven Leistungen verfeinern. Welch ein Haß und welche erbliche Feindschaft von den „Hilgen“ Männern, wenn hohe Prämien ausgelegt wurden. 1000 Mark und mehr für eine Minute Pedale treten.

Nicht nur 6 Tage und 6 Nächte, die ganze Woche mit knapper neutralisierter Zeit, tritt manche arme Heimwinderin die Pedale, um ganze 8 oder 10 Mark von ihrem Konfektionshaus zu bekommen. 6 Jahre lang, 6 mal 6 Jahre lang, bis sie zusammenbricht. Die alte Zeitungsfrau schlägt den Rekord im Treppensteigen. Wie viele Stufen hat sie erklimmt, ihr langes Leben lang, wie hat sie sich zu Hause gefort und abgearbeitet für ein paar Großes morgens und abends. Wo bleiben die rekrutierten Rechner? Und die Fabrikarbeiter, nicht selten von stundenweit her, die an ihrer Maschine arbeiten, tagtäglich immer dieselben Griffe, die mit hundertmal und anderen die Welt der Industrie aufbauen, wie oft haben sie dieselben Griffe getan und was haben sie verdient in einem langen Leben? Haben! Haben! Rekorde! Schwindelnd hoch die Zahl ihrer Griffe, verschwindend niedrig die Lohnzahl, die ihr langes, weck-tätiges Leben ergibt.

Rechnet zusammen, was eure Dichter und Künstler für durchgearbeitete und schöpferische Jahre erbehalten, ein Nichts gegen über den ausgemessenen Summen in dem Autopark. Diese menschlichen Rechner werden, soweit sie es zu internationaler Klasse gebracht haben, gut bezahlt, und unarmutiger wieder abgeholt, wenn sie nachlassen.

Und die menschlichen Arbeiter — — fragt euch selbst, seht in eure eignen Gesichter, was die erzählt.

Sechstagerennen! Das Rennen nach dem Glück. Ihr folgt ihm mit zitternder Erregung, seht euch selber aus. Matadore, vielleicht hätte ihr es auch so weit bringen können. Einmal so verdienen, so umdrauf, unwohl, unbehütet sein als ein Held. Und ihr säßt eure paar Großes und rechnet, wie ihr das Geld für den Rennbahnbesuch wieder einholt.

Sechstagerennen! Und ihr häst nach der Fabrik, und die Tage brauchen und drehen über euch hinweg. Und die arbeitenden Arbeiter werden zu leuchtenden Reichtümern, wenn es den Spurt gibt: Wer ist der Erste an der offenen Arbeitsstelle, die Stunde zu 60 oder 70 Pfennigen.

Sechstagerennen! Nur einmal, nur 6 Tage und 6 Nächte für euch selbst bereit sein, zu ständiger Lösung. Mit allen Reizen, mit jedem Muskelstößen und selber gehoben, und ihr als Klasse habt das Rennen nach Wert und Sonnenschein gewonnen.

## Theater und Musik

Künftiges Sinfonieconcert

Die Musikanten zeigen eine Reihe neuer Sinfonieconcert-Programme an, die für die gegenwärtige Spielzeit noch manche Genüsse bereichern. Das künftige Sinfonieconcert brachte Werke zweier Komponisten, die selbst im Reich erschienen und ihre Arbeiten unter ihrer Leitung erziehen ließen. Aus dem benachbarten Dänemark, in dem alle Hände voll zu tun sind, kam Joseph Rosenstock und spielte uns seine Uebersetzung zu „einem heitern Spiel“ vor. Man merkt Rosenstocks Schrift an, daß er vom Theater kommt, will belagen, daß er viel am Volk steht. Er kann sich von dem weichen, farbenreichen Orchesterleiter, das die Straußgelehrtheit darstellt, nicht losmachen. Er ist sonderbar in der Behandlung der modernen Orchestersprache. Nur kann Rosenstock nicht genügend heitern Stoff aufbringen, um die Form einer Uebersetzung genötigt zu füllen. Rosenstock ist nicht gerade nicht in freier Erde, er hat manchmal melancholische Ueberlegungen, was er zu sagen hat, ist eindrucksvoll, klar und geht auch da und dort klar. Seine rhythmische Ausdruckskraft ist nicht neuartig, aber von ausserordentlicher Bildkraft. — Warum hat Trapp seinen gut zu tun freunden nicht gefolgt, und hat sein Violinbogen in eine gedrungene Form gebracht? Das Trappische Werk verrät, daß sein Schöpfer leicht erfindet. Er will seinen Hörern keine „Bestreicklichkeiten“ vorsetzen, sondern ungeschminkt, so wie die Stunde ihm die Melodie einigt, schreibt er sie nieder. Nur ist seine schöpferische Kraft, wenigstens in diesem Konzert nicht übermäßig groß. Man sieht, daß Trapp Rücksicht auf das Instrument nahm und somit sein Flug gehemmt war. Prof. Daffernmann spielte das Konzert mit dem unersetzlichen Großzügigkeit und Technik. Am Schluß des etwas absonderlichen zusammengestellten Programmes stand Verloz mit seiner fantastischen Sinfonie. Herr Staatskapellmeister Lorenz hat eine Schwäche für Verloz und die französischen Meister. Sie mag von seiner Pariser Studiengzeit sein „Sinfonie“ wollte bei seinen Landsleuten nicht anerkannt werden. Bei uns Deutschen fand er mehr Verständnis. Robert Schumann trat für ihn ein. Heute mutet seine Sinfonie etwas gemacht und in ein besonders künftiges Licht gestellt wird. Verloz hat diese Sinfonie mit seinem Verstand geschrieben. Dieser gang besondere Stoff ist aber in der bald hundert Jahren, seit denen Verloz seinen Konzerten musikalisch ausbeutete, nun auch schon fast verdrückt. Seine freudigen Widersacher ziehen ihrem Kollegen, Verloz war ein geistreicher, geschickter Kritiker, an seiner Sinfonie den letzten Satz wegzulassen, denn er würde da an am besten wirken, wenn er nicht gespielt würde. Verloz besetzte eine zeitlang diesen Post. Daffernmann war die erste deutsche Stadt, die unter Verloz die fantastische Sinfonie zu hören bekam. Bekanntlich wurde in unserer Uebersetzung das neue Theater mit Deatrice und Benedicte, der einzigen komischen Oper von Verloz von ihm geleitet, unter großer Beteiligung der Franzosen eröffnet. Es war jene Zeit (1863) als Baden-Baden mehr französisch als deutsch war. Die Gesellschaften trugen französische Namen, die Straßen hatten französische Namen und die badischen Stadttruppen, mit denen der große Kurfaul geschmückt war, präsentierten sich in französischer Veranfassung. Günstigerweise haben die Zeiten geändert.

Bad. Landesheuer. Staatskapellmeister Alfred Lorenz hat, wie die „Karlshuder Kunstwart“ erzählt, um seine Entlassung aus dem Verband des Bad. Landesheuers nachgesucht. Das Theaterpublikum, das dem um unsere Oper hochverdienten Künstler allgemein die größten Sympathien entgegenbringt, wird sein Ausscheiden auf das lebhafteste bedauern.

### Mus dem Freistaat Baden

#### Milderung der Grund- und Gewerbesteuer

Bekanntlich hat der Badische Landtag kürzlich das Gesetz verabschiedet, wonach von der für das Rechnungsjahr 1924 veranlagten Grund- und Gewerbesteuer nur sieben Achtel erhoben werden. Die Milderung um ein Achtel des endgültigen Jahressteuerbetrags wird bei dem auf 15. Februar 1925 fälligen Vierteljahrsteuerbescheid des Jahres 1924 in der Weise berücksichtigt, daß auf diesen Zeitpunkt statt des vollen nach dem Steuerbescheid sich ergebenden Vierteljahresbetrages nur die Hälfte dieses Betrages zu entrichten ist. Beträgt z. B. nach dem Steuerbescheid des Jahres 1924 der zu zahlende Viertelbetrag 26,25 M., so ist von diesem Betrag nur die Hälfte zu entrichten. Ist der hiernach nicht zu erhebende Betrag bereits gezahlt, so wird er auf Antrag erstattet, andernfalls auf die Vorauszahlung für das Rechnungsjahr 1925 gutgeschrieben. Soweit der Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1924 bis zum 15. Februar 1925 noch nicht zugestellt sein sollte, ist auf diesen Zeitpunkt die Vorauszahlung in der seitens der Steuerbehörde zu leistenden Höhe zu leisten.

Weiterer Nachschuß der Grundsteuer. Von antizipatorischer Seite wird darauf hingewiesen, daß für das Rechnungsjahr 1924 für diejenigen Grundstücke, welche noch als Baugelände zur Grundsteuer eingeschätzt sind, obwohl sie diese Eigenschaft inzwischen verloren haben, von Amts wegen ein angemessener Nachschuß der Grundsteuer aus Billigkeitsgründen gewährt wird. Die Finanzämter sind angewiesen, bereits beim nächsten Steuerfälligkeitstermin auf Antrag den Teil der Steuer, der aus diesem Grunde vorzuschüssig nachgelassen wird, bis zur Feststellung des nachzulassenden Betrags jenseits zu stunden. Weitere Auskunft erteilen die Finanzämter.

### Der neue Ministerialdirektor im Kultusministerium

Wie verlautet, hat die badische Regierung den Präsidenten des katholischen Oberkirchenrats, den Landtagsabgeordneten Dr. Josef Schmitt, zum Nachfolger des am 1. Januar ausgetretenen Ministerialdirektors Franz Schmidt ernannt. Diese Berufung ist — wenn die Meldung zutrifft — sehr wichtig, weil in der Hand des Ministerialdirektors alle logen. Schmitt ist ein junger Mann, insofern hat der geschiedene Dr. Franz Schmidt einen großen Einfluß auf das badische Schulwesen, insbesondere auf das Volksschulwesen, ausüben können, und hat ihn auch ausgeübt, denn in Baden amtieren etwa 6000 bis 7000 Volksschullehrer.

Es kommt ferner hinzu, daß man sich in Schulkreisen erzählt, der jetzige Reichstagsabg. Dr. Hummel habe sich als badischer Kultusminister herzlich wenig um das Wohlgehen der badischen Volksschulen gekümmert. Unter solchen Umständen hatte natürlich der Ministerialdirektor über Verlegungen, Beförderungen usw. ein großes Verfügungsrecht.

Der neue Mann gehört politisch zum Zentrum, wie auch der frühere Ministerialdirektor. Er kommt aus dem Reichstagsstand und ist seit einer Reihe von Jahren Oberfinanzrat gewesen. Seit 1921 gehört er dem Landtag an; dort zählt er zu den fleißigsten Mitgliedern und ist infolgedessen mit der Berichterstattung für den Staatsvoranschlag der Abteilung Kultusministerium des Innern und mit anderen wichtigen Arbeiten betraut worden. Zurzeit ist er krank; wahrscheinlich wird er sofort nach seiner Genesung das vielbesprochene Amt übernehmen.

Im „Schwabenspiegel“ war seinerzeit gegen den nunmehrigen Ministerialdirektor der vielleicht nicht unbegründete Einwand erhoben worden, er könne nicht Ministerialdirektor im Kultusministerium sein, weil er bisher der finanzielle Anwalt der Kirche war. Wichtig ist jedoch, daß Schmitt als ein eifriger und kenntnisreicher Vertreter der Kirche gegenüber dem Staate gilt; darin soll er sogar Autorität sein, weil er eine Anzahl Gutachten verfaßt und auch ein Buch über die Rechtsmittel der Kirche und ihr Verhältnis zum Staat geschrieben hat. Hier wird ihm Josef Schmitt wohl umfassen müssen; von der Art, ob er das tut und wie er das tut, hängt viel ab; auch die Kreise der Volksschullehrer werden ihm zunächst abwartend gegenüberstehen müssen.

Mit Schmitt zusammen wurde auch der Landtagspräsident C. Baumgartner, gleichfalls dem Zentrum angehörig, als Kandidat für den Posten des Ministerialdirektors genannt; er scheint indessen verzichtet zu haben. Baumgartner wäre ein Fachmann gewesen, da er als früherer Kreisdeputierter in Emmendingen und jetziger Ministerialrat im Kultusministerium die Entwicklung des badischen Schulwesens gut kennt und auch das neue Gesetzgebungswesen wie man sich zu einzelnen Legehenden stellt — herausgebracht hat.

### Der Kommunistenputsch in Durbach

Offenburg, 3. Febr. (Eigener Bericht.) Der Durbacher Landfriedensbruchprozess nahm heute im Offenburg'schen Landgericht seinen Anfang. Wohl selten hat der alte, ungelängliche Schörrichter eine derart große Menge Angeklagter beherbergt, wie er sie diesmal für eintägige Tage aufnehmen muß. Nicht weniger als 73 Personen nahmen auf dem schmalen Anlagengäßlein Platz. Es sind keine „Herren Angeklagten“, man erblickt es schon aus der Zusammenfassung, fast ohne Ausnahme gehören sie dem Arbeiterstande an. Vorne der erste Bank ist mit den älteren der Angeklagten, meist bekannten Gesichtern aus der Offenburg'schen SPD, besetzt; dann aber sieht man mit wenigen Ausnahmen nichts als Jugend, die zum Teil heute noch nicht das dreißigste Alter erreicht hat. Ganz am Schluß der Reihe sieht man dann das charakteristische bärtige Gesicht des alten Genossen Fritz Müller von Durbach auftauchen, des Seniors der 73. Allen Angeklagten wird vorwurfsvoll am Abend des 23. Oktober 1923 in Offenburg einen bewaffneten Haufen gebildet zu haben, der dann nach Durbach zog, einem etwa 1 1/2 Stunden entfernten Ort, um dort vorhandene Waffen zu holen, mit welchen vertrieben man dann der Durbacher Arbeiterpartei in ihrem Kampfe gegen die dort errichtete bewaffnete Truppe (Säpö) beistehen wollte. Die Anklage wirkt nun den einzelnen Beteiligten vor, bei diesem Unternehmen, bei dem es in Durbach zu Gewalttätigkeiten und selbst Schießereien gekommen sein soll, aktiv oder passiv tätig gewesen zu sein; sie erblickt in den Vorformulieren den Tatbestand der Zusammenrottung, Bildung bewaffneter Haufen und des Landfriedensbruchs. Mehrere der Angeklagten waren schon bei dem nach der Offenburg'schen Landfriedensbruchgeführten Landfriedensbruchprozess beteiligt; einer, Michael Vogt, wurde erst kürzlich nach einjähriger Untersuchungshaft in dem Durbacher Urteilsprozess freigesprochen. Drei Angeklagte werden aus der Haft vorgeführt, alle übrigen befinden sich auf freiem Fuß.

Ein hartes Gendarmerieaufgebot hält den Saal besetzt, in dessen räumlichen Teil sich Kopf an Kopf die Zuschauer drängen. Unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Dr. Wagner begannen kurz nach 9 Uhr die Verhandlungen. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Vertreter entsandt. Die Angeklagten wurden gemeinsam durch die Rechtsanwältin Dr. Sedel-Heinrich, Dr. Knaus-Waldkirch und Dr. Scheller-Offenburg vertreten. Für das Schicksal, Jugendmann war Stadtschreiber Karl Erdmann. Nach Eröffnung der öffentlichen Verhandlung verlas der Vorsitzende die umfangreiche Anklageschrift, die die Väter der Durbacher Arbeiterpartei des Landes, Kühne, Vogt, Kafen usw. der Mädelführerschaft, die übrigen mehr oder minder der Mädelerschaft beizuzählen. Rechtsanwalt Dr. Sedel beantragte die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Bonhoeffer Abkommens, in dem ausdrücklich festgelegt sei, daß niemand wegen eines im besetzten Gebiete begangenen Vergehens vorzeitig politischer Natur unter irgend welchen Umständen verfolgt werden dürfe. Die Zusammenrottung, die Grundlage des ganzen Vorwurfs, sei unrichtig auf besetztem Gebiete erfolgt. Lediglich Durbach liege außerhalb desselben. Die Weiber Väter hatten das besetzte Gebiet überhaupt während der unter Anklage stehenden Handlung nicht verlassen, da sie am Tage selbst nicht teilgenommen. Der Gedanke der Entsendung Vorläufer sei unrichtig politischer Natur gewesen. Zeitlich, örtlich und nach Art der Handlung müßte die Tat demnach unter die erwähnte Amnestie fallen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragt er die Ladung mehrerer Herren vom Auwärthigen Amt Berlin gemäß der Anstufung über die Ansetzung des freitragenden Komites des Londoner Abkommens, sowie mehrerer Reichs- und Landesgesetzgebungen. Nach längerer Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden und Staatsanwalt über das Bonhoeffer Abkommen ließ sich das Gericht zur Beratung zurück und verurteilte nach Wiedereröffnung der Verhandlung alle Anträge.

Als erster wird nun der Angeklagte Kühne vernommen, den die Anklage als Anführer des Juges nach Durbach bezieht. Dr. Sedel begehrt den normalen Geisteszustand des Angeklagten. Dieser selbst antwortet erst im Sommer 1923 in Offenburg auf und war Mitglied der SPD. Er ist Berliner, war nach eigener Angabe früher bei der bekannten Werkschleiferei-Abteilung in Berlin, später bei der Reichspost (1), von Beruf Monteur. Nach dem Verlust seiner Stellung sei er schließlich in Offenburg untergekommen, wo er bei der SPD Anschluss suchte. Am fraglichen Tage sei er durch Zettel in die Wohnung des einen Väter bestellt worden, wo er außer den Weibern Väter noch mehrere andere antraf. Zusammen seien sie dann bis zum alten Säpö gegangen, wo sich schon eine Menge Menschen versammelt hätte. Erst dort habe er erfahren, um was es sich handle, worauf er den Leuten zum Disziplinbewahren geraten und vor Aufstrebungen gewarnt habe. Weber er, noch ein anderer habe Mitreden gehalten. Die Leute in Truppen eingeteilt oder die Führerrolle übernommen. So zog man nach Durbach, hier wurden mehrere Geschütze (in der Nacht) nach Durbach durchführt, zuerst dasjenige des Bauern Kafen, bei dem man ein Maschinengewehr vermutete. Nach wurde dem draußen wartenden Kühne barfuß zugeführt, erklärte aber, keine Waffen zu besitzen, und wurde wieder freigelassen; statt der Waffen hat man ihm dann Kopf genommen, (1) sie aber schließlich wieder zurückgegeben. Kühne bestritt, er habe, dem Bauer mit der Pistole gedroht zu haben. Überdies sei er nur mitgegangen wie die anderen auch. In anderen Häusern wurden dann noch Gewehre und Karabiner „beispielsweise“; zuletzt zog man zum Hause des Schirrmann, um das Dienstgewehr des dort wohnhaften Gendarmen Franz zu holen. Hier ist nach der Anklage dem Hausbesitzer mit „Ankündigen“ gedroht worden, falls er nicht öffne; Kafen soll versucht haben, mit dem Kolben die Tür einzuschlagen, eine vermeintliche Telefonleitung wurde heruntergeschlagen, und schließlich seien mehrere Geschütze. Der Angeklagte Kühne weiß weder vom einen, noch vom anderen. Kafen sei schon beim Abmarsch in

Offenburg sinnlos betrunken gewesen; ein Schuß aber sei direkt über ihm aus dem Hause heraus abgefeuert worden, nicht aber umgekehrt. — Einen Teil seiner früheren Aussagen zieht Kühne zurück.

Der Angeklagte Krause Robert vervollständigt die Angaben Kühnes. Die Waffen habe man größtenteils freiwillig auf Jureden von den Leuten in Durbach herausbekommen. Auch er hat kein Schießen in die Wohnung des Gendarmen hinein wahrgenommen. Auf dem Rückmarsch sind dann die Waffen teils fortgeworfen und zertrümmert worden, teils wurden sie am Wegesrand verstreut. Später sind dieselben nach Offenburg zurückgebracht und schließlich von Lehrern auch dort wieder abgeholt worden.

Väter schildert dann, wie man nach den Zeitumständen damals beständig mit einem Rechtsputz geredet habe. Ein Brief der Frau Müller habe mitgeteilt, daß Kafen in den Händen der Reaktion sei. Hufe von Offenburg sei dringend nötig. Ob es sich bei den Bewaffneten in Durbach um reguläre Schupo gehandelt habe, sei nicht zu erfahren gewesen, doch habe man das Gegenteil angenommen. Und da man gewußt habe, daß in der Umgebung Offenburgs trotz aller Verbote Waffen in Versteckung seien, habe man sich seitens der SPD entschlossen, diese in den Besitz der Arbeiterpartei zu bringen. Hierzu seien etwa zehn Genossen bestimmt gewesen; niemand habe das Aufnehmen der vielen Menschen bei der Kaserne gewünscht oder erlaubt, doch heimlich habe man sie nicht können. Väter selbst wie sein Bruder konnten sich selber beim Holen der Waffen nicht beteiligen, da sie in der Nacht Erläuterungen über die wirkliche Lage in Durbach eingesehen wollten. Nachdem man am nächsten Tage über die wirkliche Lage in Durbach unterrichtet war, habe man jede weitere Aktion eingestellt.

Die Aussagen der nächsten Angeklagten ergänzen nur unwesentlich das Bild. Weib-Mat Dr. Wohlfahrt erklärt den schwer beladenen Kafen für einen kurzen Alkoholik, der an Wutanfällen leide und zeitweise unzurechnungsfähig sei; doch sei er für seine Beteiligung an der fraglichen Straftat verantwortlich, wie ihn auch die Strafbarkeit beweise sei. Kafen selbst will infolge seiner damaligen Trunkenheit sich an fast nichts erinnern. — Angeklagter Kafen erklärt die Stimmung der Arbeiterpartei, in die dann die Nachricht von der Besetzung Durbachs durch irreguläre Truppen wie eine Bombe geschlagen sei. Er habe sich aber gewundert, daß niemand von der SPD am Sammelort war, um den dort herumlaufenden ziellosen Dursen zu beschließen. Den Bauer Kafen hat er dem Kühne zugeführt zur Vernehmung, doch sei dem Mann nichts geschehen. Als Kafen das Versteckten beobachtet, hat er von der Sache genug gehabt und sich an weiteren nicht mehr beteiligt. — Es kommt nun eine Reihe Jugendlicher zur Vernehmung, die zum Teil heute erst 17 Jahre alt sind, so daß sowohl Dr. Sedel wie der Jugendbetreuer ihre Straflosigkeit bestritten. Alle haben die Nachricht von dem beabsichtigten Zug nach Durbach in der einen oder anderen Form zufällig erfahren die meisten erklären, angenommen zu haben, daß es sich um ein Waffenlager der SPD gehandelt habe.

Die Fragen des Vorsitzenden drehen sich in der Hauptsache darum, wer in die Wohnung des Gendarmen einzutreten versucht hat und wer die Schießerei begann oder führte. Alle Angeklagten behaupten, die Schüsse entweder nur gehört oder nur den einen Schuß aus der Wohnung heraus gesehen zu haben. Mit zweifelhafte Unterbrechung mittags zog sich die Vernehmung bis abends 6 Uhr hin. Voraussichtlich kann Mittwochnachmittag mit der Feingebühnung begonnen werden.

### Kleine badische Chronik

Abseits von den niederen Wasserständen des Rheins unterhalb des Staumehrs der Kraftwerke bei Rheinfelden ist das ganze eintägige Strombett wasserleer, da alles verfügbare Wasser durch den Kanal für das Kraftwerk gehen muß. Dadurch ist nun die ganze Rutschfallplatte des Rheinfeldes aufgeschlossen. Zahlreiche Rindlinge aus Schwarzwald, Allgäu und prodrücker Strudellöcher sind zu sehen, die teils als Gletschermäulen des früheren Rheinfeldes oder als fluvial-Strudellöcher gedeutet werden. Am Rutschfall sind 4-6 Meter tiefe Rinne, die natürlich den Rutschen willkommen sind. Alle Kleinformen der Verwitterung und Erosions-Gesteine können sehr gut beobachtet werden und geben ein zahlreiches Publikum vor und fern an.

Gefallenendenkmal bei Oberkirch. Den Angehörigen des ehemaligen 1. Interregimentes Inf.-Regiments Nr. 132 ist es gelungen, bei Oberkirch einen geeigneten sehr schönen Platz, anständig zu machen, auf dem ein Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Angehörigen des Regiments errichtet wird. Der Platz befindet sich oberhalb der Schanenburg. Der Aufstellungsplatz wurde in lebenswürdiger Weise von Herrn Freiherrn von Schauenburg zur Verfügung gestellt. Mit den Arbeiten wird in diesen Tagen bereits begonnen, sodas die Einweihung voraussichtlich am 7. Juni 1925 stattfinden kann.

Beschädigung von Telegraphenanlagen durch Kraftwagen. In letzter Zeit haben sich die Fälle der Beschädigung von Telegraphenanlagen durch Kraftwagen, insbesondere durch Kraftwagen, außerordentlich vermehrt, sodas der Betrieb in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Telegraphen- und Fernsprechanlagen sowie in den Teilnehmerleitungen auf mehr oder weniger lange Zeit unterbrochen worden ist. Der Allgemeinheit ernstlich durch diese Betriebsstörungen erheblicher Schaden. Wie festgestellt werden konnte, sind die meisten Beschädigungen durch Unachtsamkeiten der Kraftwagenfahrer entstanden. Die Oberpostdirektion ist deshalb genötigt, die bisher geübte Nachsicht fallen zu lassen und künftig außer der Franzensbrunnstraße der Kraftwagenfahrer die Wiederherstellung der Telegraphenanlagen und für den Gebührenanfall, den gesetzlich Bestimmungen entsprechend, gegen die Schuldigen strafgerichtlich vorzugehen.



Es ist arg, wann es im lei Hoffnungsstille  
Im Date noch duht leut're!  
Wie war's nur möglich, das der Keil  
Net bei der Stana ich bleibe.  
An mein're Lina ich erkärt  
Statt's ihre Sulda s' lieve?

In d' Weiße Woche saame,  
Mich hat's gleich a'murmt, er hat fasti nur  
Mit ihrer Lina a'zreche.  
Auf ein'mal hat mei Mutterbers  
Den faule Lunte a'rodle!  
Dah also, war der Dant, bel uns  
Da halt-er fasti sich aesse,  
Und stat's in d'Sulda sich — er dann  
Verliebt in ihre a'wese!

Er will ja in der Weiße Boch  
Sich Selbstweigung erliche,  
Sie stelle sich um zwei Uhr ein,  
Wir werre's dann schon drehe!  
Am Reichte ich's, mir duhn — en serant  
Uns Restaurant einlade,  
Beim Kaffee kann ihr Sulda dann  
Verschiedenes ihm rate.  
Dah Semde sin, oder Unterwofsch,  
Sie derf net brüd sich aesse,  
Bei Unterhofe kann-se ja  
Als sanft erdrind schweice,  
Des macht bei Männer stets Effekt,  
Wie in der Kirch brin's Bete,  
s'ich stets von Unschuld an Beweis,  
Wenn ein's noch duht erdrile!  
Gut, ich promier's, Frau Eisele,  
Bielleicht duht's beimal a'linge!

II,  
Du Heuer Gott, Frau Eisele,  
Hat des e Wendung a'nomme,  
Zwei henn-le to viel Hoffnungs a'habt,  
Und s'ich gans anderst komm!  
So amer ich die Jugend heut,  
Ich kann des net verliche,  
An Andant ich der Lohn, wie mir's  
In dem Fall widder lese!  
Reizablie-ic, wie's homme ich,  
Ich kann ia nitz dran änd're.

Ah Gott, Frau Eisele, l'ich arg,  
Er hat noch mit uns gesse,  
Mei Sulda ich hernach zu ihm  
Allein auf's Sofa a'esse,  
Ich bin veräwunde, um die in  
Der Harmonie net s' lieve,  
Denn ich dab licher a'meint, er duht  
Ihr d'lewe lekt erkläre,  
Ich hab e hiele s'borcht un' dentt  
„Aha, jetzt hat's-en a'riffe“,  
Denn ich hab deutlich aulse a'höri,  
Wie die sich inne fälle,  
Dann ich ihr Lina komme un  
Gleich hat's Malheur an'ange,  
Sie ich, wie auss'macht, mit zum Lieb

Frau Weisse, wer häit gedenk,  
Dah des so schlimm duht ende,  
Was's Schicksal hat zusammenfügt,  
Kann auch der Lieb net wende,  
Dah Mit, ich weis-enn Ausweg noch,  
Wir lenne en Professor,  
Der ledich ich un gut behudt,  
Er lich en — harter Esser,  
Den treffese bei uns un duhn  
Dann gleich Bekantschaft made,  
Mir bringe d'Sprach auf's Kaufhaus Lieb  
Un keine bill'che Sache.

Nur Mut, Frau Weisse, der Lieb  
Duht alles fertig bringe!  
Roma

# Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 5. Februar

## Geschichtskalender

5. Februar. 1881 Der englische Schriftsteller Thomas Carlyle in London. — 1923 Beginn des großen Bergarbeiterstreiks im Saarrevier (Ende 15. 5.). — 1924 Der sog. Landtagsabgeordnete Franz Krüger in Berlin.

## Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

**Vorstandssitzung.** Heute abend 8 Uhr im Klubzimmer des „Friedrichshof“ Vorstandssitzung. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist notwendig.

**Sozialdem. Bürgerausschussfraktion.** Montag abend 8 Uhr im Klubzimmer des „Friedrichshof“ Fraktionsfraktion. Hierzu haben alle Fraktionsmitglieder zu erscheinen, außerdem sind alle der Sozialdem. Partei angehörenden Lehrer zu der Sitzung einzuladen.

**Bezirk Mühlburg.** Den Parteigenossen zur Mitteilung, daß die Vertrauensleute die Parteibücher abholen zur Kontrolle. Die Bücher werden wieder jedem Parteigenossen zurückgebracht. Deshalb bitten wir die Bücher bereit zu legen.

**Bezirk Oststadt.** Bücherkontrolle. Ineeds Durchführung der vom Vorstand beschlossenen Kontrolle der Mitgliedsbücher werden im Bezirk Oststadt am Sonntag, den 8. Febr., die Bücher durch die Vertrauensleute eingezogen. Wir richten an die Genossen und Genossinnen die bringende Bitte, die Arbeit der Vertrauensleute durch Vereinfachung der Bücher zu erleichtern.

## Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

**Bezirk Südstadt.** Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr, findet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. — Vortrag des Kam. Lofe. Gleichzeitig verweisen wir auf den am Sonntag, 15. Februar stattfindenden Ausmarsch. Die Funktionäre des Bezirks treffen sich am Donnerstag um 1/8 Uhr.

## Karlsruhe im Zeichen der Weißen Woche

Die Weiße Woche ist ihre Anziehungskraft aus. In den Straßen — in den verkehrsreichsten natürlich erst recht — ist Massenbetrieb, vor den Schaufenstern stehen die Käuferinnen und Käufer und wissen nicht, was sie mehr bewundern sollen: die Fülle der ausgetheilten Waren oder die Dekorationskunst, die alles bisher Dagewesene geradezu in den Schatten stellt. Käuferinnen und Käufer, mit Päckchen oder Paketen „bewaffnet“ — je nach dem finanziellen Können — schnurren aneinander vorbei und freuen sich, künstlich eingetaucht zu haben. Überall spricht man nicht nur von der schönen Schaufensterausstattung, sondern insbesondere von der geschmack- und stilvollen Innendekoration. An erster Stelle stehen natürlich wieder die Warenhäuser. Diese haben die reinsten Kunstwerke geschaffen. Man gehe einmal zu Geschwister Knopf und betrachte es. Am Mittelraum steht ein großer Turm, gewissermaßen das Zentrum bildend, mit Hunderten von weißen, mit weißelackten Streifen umrandeten Serietellen. Und demselben Genre ist das ganze Haus, sind die einzelnen Abteilungen angepaßt. Zehntausende Serietellen wurden verwendet, alles in weiß und weißelack. Einen herrlichen Anblick bietet nicht nur der mächtige Turm, sondern auch die geschmackvollen Stiehlampen und Bäumchen sind bewundernswert. Was Knopf da geleistet an schmuckvoller, imposant wirkender Dekoration, ist schwerwert und trägt auch dazu bei, nicht nur die Leistungsfähigkeit der Firma wieder erneut zu dokumentieren, sondern auch auf den Besucher ersichtlich zu wirken. Dasselbe kann auch von der Firma Ties gesagt werden. Wir finden auch hier die gleiche vornehme Ausstattung. In der Mitte ein hübscher Pavillon, der sofort beim Eintreten des Kunden die Aufmerksamkeit des Besuchers auf sich zieht. Tausende und Abertausende Serietellen — weiß mit grün — wurden zur Ausschmückung verwendet. Dazu das sanfte grüne, geradezu magische Licht der Beleuchtungskörper! Mit einem Wort: Eine herrliche Augenweide.

Das man aber auch mit sinnvoller Zusammenstellung von Waren aller Art — es braucht nicht immer das glitzernde Weiß allein zu sein — wirken kann, beweist die bestens bekannte Firma Paul Burghard. Sie läßt sowohl in den Schaufenstern wie in den Verkaufsräumen durch die Waren das Auge des Besuchers entsenden und zu fesseln. Natürlich in einer sehr vornehmen und geschmackvollen Aufmachung, die dem Dekorateur und all seinen Hilfskräften zur Ehre gereichen. Die Dekorationen wirken tatsächlich faszinierend auf den Besucher und Gebiegenheit und Preiswürdigkeit der Waren tun das übrige, um den guten Ruf dieser Firma zu wahren.

Auch in der Südstadt steht die Weiße Woche im Mittelpunkt der Geschäftswelt. Beispielsweise geben die Dekorationen des Kaufhauses J. Schneider, was guten Geschmack und gute Idee angeht, denen im Stadtinnern nichts nach. Ein Hauptanziehungspunkt für Jung und Alt bildet ein riesiger Pils, der ganz aus Tafelglas hergestellt, die Wohnung von Wirtschaftsmännern ist. Auch die übrigen Fenster zeigen, daß eine sachkundige Hand der Idee Gestalt gab. Sehenswert ist die Innendekoration. Ganz in weiß und orange gehalten, streben hübsche Bogen und Guirlanden dem Mittelpunkt, einem reizenden Pavillon zu. Auch die umliegenden kleineren Geschäfte haben durch ihre Dekorationen wirklich Gutes geleistet.

## Anton Schneiders Baupläne vor der Strafkammer

Der Ingenieur Anton Schneider, als Anführer von kommunistischen Klamauks her sehr bekannt, wurde im November 1924 vom Amtsgericht Karlsruhe wegen unlauteren Wettbewerbs zu 3000 M Geldstrafe und wegen Betrugs zu 5000 M Geldstrafe verurteilt. Dem Fall lag, wie aus der Anklageschrift zu entnehmen ist, kurz folgender Tatbestand zugrunde: Im März 1924 veröffentlichte Schneider in diesem Betrage ein Inserat nebst Zeichnungen, in dem er schillerförmige Häuser zum Preise von 6000 bzw. 8500 M anbot. Das Inserat trug die verkündete Überschrift „Die Wohnungsnot beseitigt“. Die Inserate und seine Pläne fanden große Beachtung und es wandten sich verschiedene Interessenten an ihn umweds Erbauung eines Wohnhauses. Es wurden auch Vertragsabschlüsse getätigt und auch eine Anzahl angenommen, aber der Bau wurde nicht angefangen. Die Staatsanwaltschaft stellte deshalb Anklage wegen Betrugs und weiterhin hatte der Bund deutscher Architekten als Nebenkläger Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs gestellt. Schneider hat gegen das damalige Urteil Berufung eingelegt, jedoch der Fall am gestrigen Mittwoch vor der Strafkammer noch einmal zur Verhandlung kam.

Die Verhandlung wurde von Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Bender geführt und dauerte den ganzen Tag bis in die

Abendstunden hinein, ohne zum Abschlusse zu kommen. 15 Zeugen wurden geladen, außerdem vier Sachverständige. Bei der Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß er im Jahre 1921/22 22 Häuser im Weiberödergebiet erstellt und die Finanzierung mit ausländischem Gelde durchgeführt habe. Als er weitere Bauten angefangen und krank geworden sei, hätte man auf ihn einzuwirken versucht, die Weiterführung zu unterlassen. Insbesondere habe sich Herr Stadtratsrat Hermann hier ins Zeug gelegt. Der Angeklagte bestritt, in betrügerischer Weise gehandelt zu haben. Die Zeugen erwiderten, daß er mehrere Stunden. Der Hauptbelastungszeuge war ein Postfachhändler, der behauptete, daß Schneider ihm gemäß des Inserats versprochen habe, bei einer Anzahlung von 2000 M ein Haus für 8500 M zu erstellen. Er habe Schneider die 2000 M überbracht, aber der Bau des Hauses sei nicht begonnen worden. Erst nach der Verurteilung vom Amtsgericht habe ihm Schneider die 2000 M wieder zurückbezahlt. Eine Hauptrolle spielte die Bauplätzefrage, da der Postfachhändler annahm, daß in der Summe von 8500 M die Bauplätzekosten begriffen sind, während Schneider bestritt, eine Neuerung dieser Art getan zu haben. Hätte die Stadt die Bauplätze gestundet, so wäre ihm die Erstellung der Bauten auch möglich gewesen. Schneider verlangte weiterhin von dem Postfachhändler bei Abschluß des Vertrages für das Haus 9500 M, anstatt 8500 M, wie vorgegeben war. Der Zeuge Oberbürgermeister Dr. Finter bezeugte, daß er sich nicht erinnern könne, dem Ingenieur Schneider Zulagen auf Stundung der Bauplätzekosten gemacht zu haben. Er habe, wie immer, das größtmögliche Entgegenkommen der Stadt in Aussicht gestellt. Es traten sodann noch eine Reihe von Zeugen auf, die sich ebenfalls von Schneider hintergangen fühlen und ihn schwer belasteten. Andere, von der Anklageseite geladene Zeugen stellten die Sache wieder anders dar.

In der Weisaufnahme betr. des unlauteren Wettbewerbs kam der Sachverständige, Raurat Wieland, zu der Ueberszeugung, daß selbst bei Anrechnung aller für Schneider günstigen Momente er niemals in der Lage sein konnte, ein schillerförmiges Haus zu der im Inserat ausgesetzten Summe heraufzulegen. So gar bei einem Friebspreise von 14 M pro Kubikmeter, was das Niederste in der Berechnung darstelle, käme das Haus auf 8288 M zu stehen, wozu noch der Feuerungsbedarf komme, so daß die Kosten also bedeutend über die von Schneider angegebene Summe hinausgingen. Der weitere Sachverständige, Herr Baumeister Stöber, hält einen Friebspreis von 14 M für ein Kubikmeter für viel zu niedrig. Es sei vollständig ausgeschlossen, daß Schneider diese Bauten zu besagtem Preis hätte herstellen können. Nur Pflasterarbeiten sei für einen solchen Preis zu machen. Der dritte Sachverständige, Architekt Fischer (Baden-Baden), wies die großen Vorzüge und die Sparsamkeit durch das Schneiderrische System. Schon an der Deckenherstellung ließen sich 2,50—3 M pro Quadratmeter ersparen. Und die Ersparnis bei einem Doppelhaus (zwei Wohnungen) betraue sich auf circa 4—4500 M. Der Verteidiger Schneiders beantragte, Kosten für Kosten der Kostenberechnung durchzugehen, was aber vom Sachverständigen nicht als notwendig bezeichnet wird. Weiterhin erwähnt der Verteidiger, daß Schneider Kunstwerke aus seiner eigenen Fabrik verwende, weshalb er auch billiger bauen könne. Der Sachverständige Wieland bemängelte, daß in der Kostenberechnung keine Kosten enthalten sind für Tapetieren der Wände, so daß die Wände roh verputzt hergestell sind, daß weiterhin die Wände und Decken nicht gestrichen sind, keine Fensterrahmen und ebenfalls die Fenster nicht mit Läden versehen sind. Zu einem schillerförmigen Hause würden aber all diese Dinge gehören, denn sonst müßten ja die Leute gleich ihr Geld für Reparaturen ansetzen.

Die Verhandlungen wurden sodann auf heute vormittags 9 Uhr vertagt.

## Nochmaliger Abbau in den Eisenbahnwerken

Be. Mit dieser Frage befaßte sich gestern abend eine vom „Deutschen Eisenbahnerverband“ einberufene öffentliche Versammlung. Der „Apollo-Saal“ war dicht besetzt. Nach einem ausführlichen Referat des Bezirksleiters Schneiders und entsprechender Aussprache, woran sich auch stell. Landtagsabgeordneter Wirth beteiligte, beschloß die imposant verkaufene Versammlung die nachstehende Entschließung: „Die vom D.E.V. Ortsgruppe Karlsruhe, auf den 4. Febr. in den „Apollo-Saal“ einberufene von ca. 1500 Mann besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung protestiert aufs schärfste gegen die von der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft für den Direktionsbezirk Karlsruhe erneut angeordnete Entlassung von rund 1000 Arbeitern der Ausbesserungs- und Bahnbetriebswerke.“

Die Versammlung hat nach dem ausführlichen, äußerst sachlich gehaltenen Referat des Bezirksleiters Schneiders die Ueberszeugung gewonnen, daß der bereits durchgeführte allgemeine Personalabbau und die Entlassung der Produktionsbetriebe von Arbeitskräften in besonderem Maße wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht, ganz abgesehen davon, daß das rücksichtslose Vorgehen der Reichsbahnverwaltung keinen Unterschied mehr macht gegenüber den in der Privatindustrie üblichen antisozialen Methoden, geradezu demoralisierend wirken mußte. Selbst von Arbeitern mit 20, 30 ja sogar 40 und mehr Dienstjahren, die in dem guten Glauben eine einigermaßen gesicherte Existenz zu finden, bei seltener Entlohnung in den Dienst der Eisenbahnverwaltung getreten sind, wurde nicht Raum gemacht; dieselben wurden ohne Bewährung einer auch nur einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden fürsorgereichen einfach ihrem Schicksal überlassen. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, müssen die gleichzeitigen Millionen-Aufwendungen für Remunerationen, die zum größten Teil in die Taschen der oberen Beamten fließen und letzten Endes ferrumpelnd auf die gesamte Beamtenerschaft wirken müssen, bei allen anständig denkenden Menschen eine ungeheure Empörung auslösen.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß der derzeitige Anfall an Fahrzeugsparaturen unbedingt gegen jeden weiteren Abbau spricht; nicht Ueberfluß an Arbeitskräften, sondern Mangel an solchen ist vorhanden. Die Betriebsleitungen haben eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden darf, wenn nicht eine dauernde Schwächung bzw. vorzeitige Vernichtung der Arbeitskraft eintreten soll. Die sog. wissenschaftliche Betriebsführung in Verbindung mit der Gedingearbeit und Leistung von Ueberstunden haben Zustände geschaffen, die auf die Dauer unhaltbar sind. Um eine ausgleichende Wirkung zu erzielen, gibt es nur zwei Mittel: Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit im gesamten

Reichsbahnbetrieb und Bewährung von Löhnen und Gehältern die den derzeitigen Lebenshaltungskosten gerecht werden. Das Bestreben der Reichsbahnverwaltung hinsichtlich der Arbeits- und Dienstzeit in den Betriebsbetrieben ein Ausnahmestück zu schaffen, wird auf den schwersten Widerstand des beteiligten Personalratens stoßen. Desgleichen die ablehnende Haltung des Generaldirektors Dejer und der hinter ihm stehenden schmerzbefruchteten Kreise in allen die vitalsten Interessen des Eisenbahnerpersonals berührenden Fragen.

Die Versammlung erwartet von Landtag und Regierung, daß sie im Interesse ihrer bedrückten Landesfinder wie der gesamten bedrückten Bevölkerung alle Wege gehen, die dazu führen, das realitäre Vorgehen der Reichsbahnverwaltung zu unterbinden. Die von den Verwaltungsjuristen befristete sozialrechtliche Bestimmung § 84 Ziff. 5 B.N.G. bzw. § 80 Ziff. 4 B.N.G. muß wieder ihre volle Geltung erhalten. Ausdrücklich wird die Schluß aller auf Wort und Arbeit angewiesener Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde.

Im übrigen sind sich die Versammelten betrußt, daß zur endgültigen Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen, wie im Hinblick auf die aller Wahrscheinlichkeit nach nahe bevorstehenden sozialen Kämpfe alle Kräfte aufzubringen werden müssen zur Schaffung einer mächtigen Einheitsorganisation, wie sie der „Deutsche Eisenbahnerverband“ von jeher erstrebt.

Diese Entschließung fand einstimmige Annahme. (Einen näheren Bericht lassen wir morgen folgen. Die Red.)

## Karlsruher Luftschiffahrt-Ausstellung

Die Veranstaltung erfreut sich eines recht guten Besuchs. Wenigstens wird anerkannt, daß die Ausstellung so viel bei Interessanten bietet und sie deshalb jedermann Besuchens wert. Ein Ballon von etwa 4 Kubikmeter schwebt jetzt über der Ausstellung und ist auch bei Nacht durch die Schimmerbeleuchtung ein effektvoller Hinweis. Im Restaurant der Ausstellung findet Konzert und Kaffeebetrieb statt. Außerdem sind jeweils Filmvorführungen vorgezeichnet. Das Restaurant ist bis nachts 1 Uhr geöffnet.

( ) Der Besuch des Reichstanzlers in Karlsruhe. Reichstanzler Dr. Lutzer wird bestimmt am 12. Februar nach Karlsruhe kommen.

( ) Städtische Sparkasse Karlsruhe. Der Stand der reinen Sparanlagen ergab auf Ende Oktober 1924 1 068 000 M, Ende November 1924 1 488 000 M, Ende Dezember 1924 1 820 000 M und erreicht nunmehr Ende Januar 1925 den Betrag von 2 1/2 Millionen Mark mit 2 281 000 M. An neuen Sparbüchern wurden ausgegeben: im Monat Oktober 272 Stück, im November 377, im Dezember 462 und nunmehr im Januar 1925 634 Stück.

Colosseum. Das gegenwärtige Programm ist wieder recht gutgefragt und beweist das Bemühen der Leitung, dem Publikum immer etwas Gutes zu bieten. Die artistischen Vorführungen erwecken die Geschwister Fratelli mit verschiedenen Sprüngen auf dem Parterre. Es sind zwei junge Kräfte, die aber recht gute Arbeit vollbringen. Als tangende Jongleure produzieren sich Dardyl und Dardyl. Mit erstaunlicher Wendigkeit führt das Artistenpaar seine Jongleuskünste aus. Die ausgeworfenen Strohstücke werden so sicher aufgefangen, wie wenn sie an einer Schnur herangezogen würden. Recht bemerkenswerte atonalische Läufe führen das Trio Erena vor. Es sind ausgezeichnete rhythmische Stücke, die hier zu sehen sind. Mit Original-Operettenstücken wartet das Duo Plu und Stein auf und bemüht sich, den Applaus des Publikums zu verdienen. Die Darstellung ist gut, während der Gesang höheren Anforderungen nicht ganz gerecht wird. Als Wertes werden. Es ist wirklich hervorragende Musikschulung, das diese Artistinnen bieten. Der Vorabend bildet der Pilschlauf der einen Dame auf dem Tisch, auf dem Flaschen aufgestellt sind. Ohne eine Flasche umzuwerfen, ist sie bereits herum, läuft die Dame auf ihren Kollisionskurs auf dem Tisch herum. Und nun der Komiker Carl Hahl! Er ist wirklich eine Nummer für sich, jedoch nicht nur auf dem Programm, sondern auch unter seinen Kollegen. Was er alles vorzutragen und zu erzählen weiß, ist so echter köstlicher Humor, schillerndes Bild, der überall einflößt. Die fünf Meerwals-Sister sehen die Besucher mit einem atonalistischen Jazzakkord in Stimmung. Was diese Damen auf diesem Gebiete vollbringen, muß als ausgezeichnete Leistung bewertet werden. Das komisch-atonalistische Trio Erena beschließt mit seinen ungeliebten Darbietungen das Programm, das überall Anklang finden dürfte. Den musikalischen Part beitrete in der üblichen guten Weise die Colosseumkapelle unter der bewährten Leitung von Kapellmeister Schütte.

**Was Sie bisher nicht konnten:**  
nämlich farbige Stoffe beliebig umfärben z. B. einen roten Stoff blau färben,  
oder ungleichmäßig verschossene Stoffe gleichmäßig neu färben,  
oder dunkle Stoffe hell färben usw.

**das ist jetzt möglich**  
wenn Sie den Kleidungsstücken, Stoffen usw. mit Heltmann's Entfärbler die alte Farbe entziehen und sie dann mit einer der seit vielen Jahrzehnten bekannten und beliebten Heltmann's Farben neu färben.

**Unschädlich f. alle Gewebe. Erhältlich in Drogerien.**  
Auf den Namen Heltmann u. die Marke Fuchs opt. im Stern besonders achten und andere Erzeugnisse zurückweisen!

## Vortrag

mit praktischen Vorführungen über Entfärben, Färben, Batiken und Chem. Reinigen im Haushalt am Freitag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr in Durlach im Saale zur „Krone“, Hauptstrasse 55 Stoffe mitbringen. Eintritt frei. Frauenverein Durlach.

## Mühlburg

(Ausjüngelnde und aufwachsende.)  
Zu den gestern veröffentlichten Geschäften, in denen der „Volksfreund“ auftritt, sind noch folgende Firmen nachzutragen, die schon seit vielen Jahren den „Volksfreund“ abonniert haben: Schuhgeschäft Friedrich Gierlich, Gardsstr. 19. Kolonialwarengeschäft Gustav Schimpf, Kärcherstr. 50.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfall. Heinrich Büch, Vierfelder, Chemann, alt 77 J. Luise Müller, alt 75 Jahre, Ehefrau von Adolf Müller, Tapeziermeister. Adolf Schwarz, Photograph, Chemann, alt 43 J. Karl Wittlingmayer, Buchdruckerbetriebsbesitzer, Chemann, alt 52 J.

**Pianos - Harmoniums** erste Weltmarken, zu günstigsten Preisen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kaiserstrasse 167/1, Telefon 1073, Salamander - Schuhhaus

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Bezirk Mittelfeld. Morgen Freitag abend 8 Uhr Versammlung im „Wattwurfglöckle“.

Gesellschafts-Sonderzug mit Fahrpreismäßigung von
Hof nach Mannheim-Neckar. Der Besuch der Leipziger
Frühjahrsmesse vom 1. bis 7. März (Technische Messe vom 1.
bis 11. März) wird durch einen Gesellschafts-Sonderzug am 28.

Karlsruher Holzzeiterbericht vom 5. Februar
Wahrung vor einem Schwindler. In letzter Zeit ist in
Karlsruhe, Pfalz, Baden und Ostpreußen ein Betrüger aufgetreten.

Waldsa
nach dem Berliner Witterungsbericht vom 4. Februar 1925
In Auswertung: Belgien 21,72 Grad per 100 Meter. Fr. Dol.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen
Landeswetterwarte
für Freitag, den 6. Februar: Meist trüb, geringe Niederschläge.

Gerichtszeitung
Ein studentisch-böhmischer Lausbubenstreich
Wegen Entfernung einer roten und der Reichsfahne am
Schülerberg-Gewerkschaftsbaus hatten sich die Studenten Wilhelm

Briefkasten der Redaktion
Spielberg. Der Fall liegt klar. Der Betreffende kann nicht
weiter Mitglied der Gemeindevertretung sein. Die Entscheidung

Soziales
Post (Ant Bruchsal). Dem allgemeinen Wunsch und einem
dringenden Bedürfnis Rechnung tragend, verammelten sich hier
im Gasthaus zum Löwen eine Anzahl Bürger zur Gründung

Vereinsanzeiger
Karlsruhe.
Denkschrift Metallarbeiter-Verband. (Mechaner und Installateure).

Wasserstand des Rheins
Schwäbisch 37, gef. 4; Neckar 148, gef. 5; Main 228, gef. 5.

Theodor Zenker
Herren-Hüte / Mützen
Schirme / Stöcke / Pelze
Krawatten / Hosenträger
Während der Weißen Woche
Preisermäßigung.
Kaiserstraße 61, gegenüber der Hochschule.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!
Zuscherstige Stellen regen die Teilnahmefähigkeit an und
vermeiden die Verdauungsstörungen. Was das heißt, wird am besten

Henko
Henkel's Walch- und Bleich-Soda
spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Badisches
Landestheater
Mignon.
Sonntag, den 8. Februar, 7-10 Uhr (3.-) 10; Th.-Gem. 501-500

COLOSSEUM
Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM

Plannkuch
Eingetroffen
ein Waggon
holländisches
Rotkraut
Plannkuch
ca. 3-4 Pfund
12 Pf.
Plannkuch

Lehrlinge oder Lehrlinginnen
einzelnen bedürftigen,
werden gebeten, und die Aufnahme auf Aufnahme
von jungen zur Schulentscheidung kommenden Leuten

Arbeitsamt
für den Vertriebsbezirk Karlsruhe.
Gartenstraße 33, Fernsprecher 5270-5274.

Diamant-Fahrräder
u. Presto-Fahrräder.
Kaver Hottnor-Mühlberg, Hardstr. 27, Tel. 1886.

VOLKSBUHNE KARLSRUHE
Textbücher
für alle Vorstellungen
zu haben
Volksbuchhandlung
Adlerstrasse 43.

Smoking-Anzug
Entaway-Anzug
Gehrock-Anzug
einige Sacco-Anzüge

Frauenhaare.
Estar Federhaarehandlg.

Sttlinger Anzeigen.
Dreispolzeitliche Vorschrift.
Die Vollzeitsunde betr.

Sttlinger Anzeigen.
Dreispolzeitliche Vorschrift.
Die Vollzeitsunde betr.

Schreibstift
mit
Stuhl,
Blüschlo, Kanapee, pol.
Schrant, einhüfig, Rollen,
bol. Vert., ein. Matrize,
Tische, Stühle u. verschied.

Chaiselongues,
alle Arten Polstermöbel,
Renovierung sowie Repa-
raturarbeiten gut und billig

Handwerker
Schlößer - Schreiner,
zur Ausführung von Re-
paraturarbeiten bei einer
größeren Anzahl Häuser

Garten
500 qm im Weilerfeld,
Donaustraße zu verkaufen.
Tel. 349, H. Hofmann,
Scherrstraße 20. 1163

Pfannkuch
Neu eingeführt
Neue gelbe
ganze
Riesen-
Erbsen
geschält
44 Pf.
Pfannkuch

**Arbeiter-Sportkartell** Bulach-Belersheim

Am Samstag, den 7. Februar 1925, abends 8 Uhr beginnend

**Großer Masken-Ball**

in den Räumen des Stefanienbades.

**2 Musikkapellen.**

Unanständige Masken haben keinen Zutritt.

Die Kartellkommission.

**Berein der Rheinpfälzer e. V.** Karlsruhe.

Samstag, 7. Febr. 1925, abends 7.30 Uhr, im Saale der „Drei Linden“, Mühlburg

**Großer Maskenball**

Wort: Nemezis durch die Palz mit P'amme' knust in Deides' em.

— Gute Weinlaube. —

2 Kapellen.

**Achtung! Achtung!**

**Großes Karnevalkonzert**

findet am 1160

**Sonntag, den 8. Februar 1925,** vorm. von 11—1 und nachm. von 4—11 Uhr in der

**Wirtschaft zum „Eivoli“** unter der Leitung des Kapellmeisters Picolo

für gutes Essen und reine Weine ist bestens geeignet.

Der Besitzer: K. Wetter.

**„Zum Goldenen Faß“**, Wielandstraße 18

Morgen sowie jeden Freitag Schlachting.

anerkannt gute Weine von 25 Pf. an

1161 B. Geuter.

**In 30 Minuten Ihr Bild** aus im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Hotelstr.

**Pfannkuch**

Eingetroffen direkt von der See:

Frische

**Seefische**

**Rabeljan** ohne Kopf im ganzen Stück 40 Pf. im Anschnitt 43 Pf. Frisch gewässertes **Stodfisch** 28 Pf.

**Pfannkuch**

**WEISSE WOCHE**

Durch Ersparung von Laden- und Personalspesen die denkbar größten Vorteile beim Einkauf.

Handentuche Mtr. 90-70-58 M.	Bettbarchente 180 br., 3.50 2.80 M.
Hausstuch 150 breit, 2 20 1.70 „	Bettbarchente 82 br., 2.20 1.80 „
Halbtücher 100 br., 3.50 2.90 2.40 „	Anzugstoffe Mtr. 15., 10.50 8.50 „
Damaste 180 br., 3.50 2.90 1.80 „	Kleiderstoffe „ 4.50 3.90 2. „
Bettuchtbl. 150 br., 2.90 2.60 1.90 „	Zellr „ 1.90 1.40 -.90 „

**Woll-Decken, Federn und Daunen**

Streng reelle Bedienung Verkauf nur gegen bar

**Etagengeschäft ERNST JUNGE** Kaiserstr. 79 2 Treppen 1165

Projektierung und Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen jeder Art und Größe: Reparaturen und Erweiterungen bestehender Anlagen

**Elektrotechnisches Installations-Geschäft WILHELM BLEICHER**

Lützenstraße 35 871 Telefon 394

**Badische Luftfahrt-Ausstellung**

täglich geöffnet von 10—10 Uhr

**Städt. Ausstellungshalle** 1144

Täglich Konzert und Filmvorführungen von 7—10 Uhr.

**Jackie Coogan**

Ab Freitag Waldstraße

**Oliver Twist**

nach dem berühmten Roman von Charles Dickens

**Resi Waldstr.**

**Eine Reise nach Stockholm**

Entzückender Reisefilm. Jugendliche zugelassen.

**SONDERANGEBOT**

während der Weißen Woche **1 Waggon Steingut**

Teller, weiss, glatt, tief u. flach St. 10	Nachtöpfe, weiß . . . . . 60
Tassen, bunt und weiß . . . 18, 15, 12	Salz- und Mehlmetzen . . . . . 75
Satzschüsseln, weiß . . . . . 6 Stück 1.80	Wasch-Garnituren m. Goldr. Steil 6.50
Feckannen, handgemalt . . . . . 1. „	Einzelne Becken . . . . . 2.50
Milchtöpfe m. Schrift, 2 Lit. 1 1/2 1 1/4	Einzelne Kannen . . . . . 2. „
1.20 90 60 45 35	Weinkrüge, bunt . . . . . 75

**Braunes Töpfergeschirr.**

0 Milchöpfe, 2 Lit. 1 1/2 1 1/4 1.50

Schüsseln, Blumentöpfe, Blumenteller, Steintöpfe von 1—50 Lit. per Lit. 30

**Porzellan.**

Tassen mit Untertasse (Zweig. decore) . . . . . Stück 30

**Woldemar Schmidt** Karl Friedrichstraße 18. 1163

**Deutscher Verkehrsband**

Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Karlsruhe u. Umgeb. Kronenstr. 3. — Telefon 3100.

Sonntag, 8. Februar 1925 findet morgen 7.10 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3. unsere jährliche

**Generalversammlung**

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäfts- und Kasienbericht für das Jahr 1924.
2. Bericht der Revisoren.
3. Wahl der Bau- und Ortsverwaltung.
4. Vorträge und Beschlüsse.

Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen freundlich ein. Insbesondere verweisen wir auf den § 2 Abs. 1 unseres Statuts, wonach sämtliche Ortsverwaltungsmitglieder, die Revisoren und Delegierten, Betriebsleitungen und Generalversammlungs-Delegierten vollzählig erscheinen haben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Ortsverwaltung: Rößler.

**Sängerbund „Vorwärts“ Durlach**

Sonntag, den 8. Februar, nachm. 5 Uhr

**Großer Maskenball**

in der „Festhalle“ mit Prämierung der schönsten und originellsten Kostüme.

5 Herrenpreise — 5 Damenpreise

Eintritt für Nichtmitglieder: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf. ohne Steuer.

Mitglieder erhalten ihre Eintrittskarten bei Mitglied G. Hartig, Brunnenhausstraße 6 L. (sonst selbst) Vorverkauf für Nichtmitglieder. 161

Der Vorstand.

**Während der Weißen Woche Winter-Mäntel**

für Damen, Mädchen und Kinder bis zur Hälfte der bisherigen Preise

Frühjahrmäntel . . . . . von Mk. 10.00 an

Kleider . . . . . von Mk. 6.00 an

Cheviotkostüme m. Fressengarn v. Mk. 25.00 an

Röcke v. Mk. 2.10 an, Windjacken v. Mk. 12.00 an

Gummimäntel für Damen u. Herren gute Gummierung . . . von Mk. 22.00 an

Flotte Seidentröckel . . . von Mk. 8.50 an

Jumpers, Blusen, Unterröcke, Reformhosen, Damenwäsche, Schürzen, Strickjacken, Wollwesten, Regenschirme usw. weit unter Preis.

**Daniels Konfektionshaus** Wilhelmsstraße 36, 1. Treppe

Keine Ladenspesen Keine Personalspesen

Sehr schöne 1172

**Rücheneinrichtungen** billig zu verkaufen. Gelegenheitserleichterung.

Zücher, Möbel, Kleider, Ludwig Wilhelmstr. 17.

**Druckmaschinen** allerwärts liefert. Zu druck. Volksfreund

**20 eichene Schlafzimmer Speisezimmer**

sehr billig in nur bester Qualität zu verkaufen. Zahlungs-erleichterung.

**Kein Laden.** Nur Mühlburg Lameystr. 61

**Spezialvertrieb Schweitzer.**

**Palast-Sichtspiele** Herrenstr. 11 Telef. 2502

**Quo vadis** MIT EMIL JANNINGS

REGIE-MANUSKRIPT: GEORG JAKOBY u. GABRIELINO D'ANNUNZIO

in 10 spannenden Akten.

Die seit Monaten erwartete größte Filmschöpfung der Welt erscheint ab Freitag, den 6. Februar.

**Pfannkuch**

Eingetroffen direkt von der See:

Frische

**Wollfett-Süß-Büchlinge**

45 Pf. 5 Pf. 15 Pf. 2 Pf.

**Lachs-heringe** 40 Pf.

**Pfannkuch**